

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

59 (10.3.1932)

Volkstreu

Schlagt Hitler

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTAUM MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtzahlung des
Vorauszahlung, bei gerichtlicher Betreuung und bei Kontour außer Kraft tritt o. Erfüllung
nach (Bericht) o. Karte o. Schluß bei Unvollständigkeit o. über unrichtig

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat, Jugend, Kunst / Sozialistischer Jugendklub
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistischer Jugendklub
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark, 36 Hefen o. ohne Zustellung
1,90 Mark o. durch die Post 2,36 Mark o. Einschreibepost 10 Pfennig o. Ge-
schäft 5mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2630 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Zentrale
Durlach, Hauptstr. 9, B.-Boden, Teckbühlstr. 12, Röhren, Röhrenstr. 2, Olfenburg, Hauptstr. 9

Nummer 59 Karlsruhe, Donnerstag, den 10. März 1932 52. Jahrgang

Der Mann des Verderbens

So sieht Hitler im Selbstbildnis aus

„Adolf Hitler wird unser Reichspräsident,“ verkündete Dr. Goebbels, Kenner der nationalsozialistischen Bewegung, dass diese Ernennung Hitlers zum Reichspräsidenten-
kandidaten gegen den Willen des „Führers“ erfolgt ist. Wie
auch sei, die Kandidatur Hitlers macht eine Auseinander-
setzung mit der Person und den Fähigkeiten des „Führers“
unvermeidlich.
Es wird in der folgenden Zusammenfassung gegen Hitler
nicht polemisiert. Es wird ein Mosaikbild vom Charakter und
den politischen Fähigkeiten Hitlers gegeben, das nur
die Äußerungen Hitlers selbst oder aus Urteilen
seiner ehemaligen Nationalsozialisten zusammen-
gelegt ist.

Die Persönlichkeit

Hitler hat es überhaupt niemals gelernt, methodisch zu arbeiten
und übernommene Verpflichtungen zu erfüllen. Davon weiß die
Parteilithographie und sämtliche Gauleitungen im Reich ein Vieles
zu erzählen. Weder hält Hitler in der Parteileitung bestimmte Ar-
beitsstunden inne, noch bestimmte Arbeitszeiten und Methoden.
In den unangenehmsten Stunden erscheint er plötzlich, tobt und
schreit alles durcheinander, was nicht so geordnet wurde, wie
er ihm plötzlich einfällt.

Der antisemitische Schriftsteller und
frühere nationalsozialistische Führer
die Abgeordnete Arthur Dinter in
„Geistliches“, 2. Jahrgang, Seite
21/22, Seite 413/414.

Noch jeder, der mit Hitler in gläubiger Begeisterung zum ersten
Male persönlich zusammenkam, ist enttäuscht und fühlt sich abge-
lehnt durch die Kälte, die von ihm ausgeht. Er ist ein kühl red-
nender Demagoge, der sich seine Rednergebnisse vor dem Spiegel ein-
bildet, dem jedes Mittel recht ist, die Massen zu betören und an
sich zu fesseln, um sich in verächtlichem Nachgefühl zu beruhigen.“
Siehe oben.

Der Außenpolitiker

Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Abfertigung zu einem Kriege um-
fasst, ist sinn- und wertlos.“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“, 2.
Band, München 1927, Seite 323.

Darüber hinaus muß man sich doch wohl klar sein, daß die
Wiedererlangung der verlorenen Gebiete nicht durch feierliche An-
kündigungen des Sieges herbeigeführt werden kann, sondern nur durch Hoffnun-
gen auf einen Völkerverbund, sondern nur durch Waffengewalt.“

Siehe oben, Seite 284.

Aber:

Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Jahres
1914 ist ein politischer Unfug von Ausmaßen und Folgen, die ihn
als Verbrechen erscheinen lassen.“

Siehe oben, Seite 310.

Was hat man gegen Italien? Südtirol? Damit beginnen sofort
die Sicherer lebendig zu werden.“

Hitler in einer Rede am 23.
März 1927.

„Napoli, Südtirol. Wenn von unseren Spießbürgern brennt da-
mit nicht gleich die Flamme der hellen Empörung aus dem geist-
lichen Gesicht!“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“,
2. Band, München 1927, Seite 283.

Da muß ich eines sagen: Durch Wirklichkeit die Volkszahl künst-
lich zu erhöhen, ist typisch bürgerliche Auffassung. Durch Anpaß-
ung des Raumes die Bodenfläche zu vergrößern, ist typisch natio-
nalsozialistische Auffassung.“

Adolf Hitler in einer Rede am
13. Juli 1929.

Der Innenpolitiker

Nicht nieder mit Frankreich, sondern nieder mit den November-
verbrechern!“

Adolf Hitler am 11. Jan. 1923
nach dem Einmarsch der Franzosen ins
Rheingebiet. Nach „Hitler und Kabr“,
1. Teil, Januar 1928, Seite 5.

Ich bin darüber genau unterrichtet, daß weder Hitler, noch die
Parteilithographie überhaupt irgend einen Plan hat, wonach einmal
regiert werden soll.“

Arthur Dinter, „Geistliches“,
Seite 21/22, Seite 412.

Hitler über seine Wähler

„Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts an-
deres als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgend-
welche Ideale und wir werden nie damit rechnen können, die Ar-
beiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Aus-
wahl der neuen Herrschaft, die nicht wie Sie von
irgend einer Milieus moralisch getrieben wird, sondern die sich
darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht
hat, zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite
Masse rückwärtslos aufrecht erhält und sichert.“

Adolf Hitler zu Dr. Otto Straßer,
21. Mai 1930. Nach „Ministerjessel oder
Revolution“.

„So jämmerlich auch im allgemeinen unser sogenanntes natio-
nales Bürgerium ist, so unzulänglich seine nationale Gefinnung
auch erscheint, so sicher ist von dieser Seite ein ernstlicher Wider-
stand, gegen eine kraftvolle nationale Innen- und Außenpolitik
einst nicht zu erwarten. Selbst wenn aus den bekannt gewordenen,
kurzfristigen Gründen heraus das deutsche Bürgerium, wie schon
einst einem Bismarck gegenüber, in der Stunde einer kommenden
Verzweiflung in passiver Resignation verharren sollte, so ist doch ein
aktiver Widerstand dagegen bei seiner anerkannten sprachwörtlichen
Freiheit nicht zu befürchten.“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“,
Ausgabe 1930, Seite 308/309.

„Ein Gewinnen des bürgerlichen Wohlstandes aber darf nie-
mals das Ziel dieser Bewegung sein. Sie würde sich in einem sol-
chen Falle mit einer Masse belassen, die ihrer ganzen Wesensart
nach die Verbrennung der breiten Schichten gegenüber zum Erlah-
men bräute.“

Siehe oben, Seite 375.

„Als deutscher Nationalsozialist habe ich im Laufe der Jahre ge-
lernt, die große Gefahr für unser Volk noch nicht einmal
im Marxismus, als vielmehr in unsern bürgerlichen
Parteien zu sehen.“

Adolf Hitler, „Illustrierter Be-
obachter“, 1930, Folge 1, Seite 5.

Der „Verdummungsapostel“

„Die Aufgabe der Propaganda ist zum Beispiel nicht ein Ab-
wägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Be-
tonen des einen durch sie zu vertretenden. Sie hat nicht objektiv
auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen,
um sie dann der Masse in doktrinärer Unflexibilität vorzulegen,
sondern ununterbrochen der eigenen zu dienen.“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“,
Seite 200.

„Jede Propaganda hat vollständig zu sein und ihr geistiges
Niveau weiß nach der Aufnahme des Besten unter denen,
an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige
Höhe um so tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse
der Menschen sein soll.“

Siehe oben, Seite 197.

„Morgens und selbst taubher scheinen die willensmäßigen Kräfte
der Menschen sich noch in höchster Energie gegen den Verlust der
Aufmerksamkeit eines fremden Willens und einer fremden Meinung
zu sträuben. Abends dagegen unterliegen sie leichter der beherr-
schenden Kraft eines härteren Willens. Denn wahrlich stellt jede
solche Versammlung einen Ringkampf zweier entgegengesetzter
Kräfte dar. Der überlegenden Redeform einer beherrschenden
Wortselbstnatur wird es nun leichter gelingen, Menschen dem neuen
Willen zu gewinnen, die selbst bereits eine Schwächung ihrer Wi-
derstandskraft in natürlicher Weise erfahren haben, als solche,
die noch im Vollbesitz ihrer activen und willensmäßigen Spann-
kraft sind.“

Siehe oben, Seite 531/32.

Der religiöse Mensch

„Wir wollen keinen anderen Gott haben, als nur Deutschland
allein. Fanatismus in Glaube, Hoffnung und Liebe zu Deutsch-
land ist notwendig.“

Stott, 1924, Seite 54.

„Demut ist der erste Schritt zur Niederträchtigkeit.“
Siehe oben, Seite 66.

„Ohne Zweifel war die nationale Widerstandskraft der katholi-
schen Geistlichkeit deutscher Nationalität in allen das Deutschland
betreffenden Fragen geringer als die ihrer nichtdeutschen, besonders
italienischen Amtsbrüder, ebenso könnte nur ein Ignorant nicht

sehen, daß dem deutschen Klerus eine offensiv Vertretung deutscher
Interessen überhaupt fast nie auch nur einfiel.“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“,
1. Band, München 1923, Seite 114.

Freund der Gewerkschaften

„Wer in jener Zeit die marxistischen Gewerkschaften wirklich zer-
trümmert hätte, um an Stelle dieser Institutionen des verfallenden
Klassenkampfes der nationalsozialistischen Gewerkschaften
zum Siege zu verhelfen, der gehörte mit zu den ganz großen Männern
unseres Volkes, und seine Witwe hätte berechtigt in der Wallhalla zu
Regensburg der Nachwelt gewidmet werden müssen.“

Siehe oben, 2. Band, 1927, S. 257.

„Gleich einer drohenden Gewitterwolke hing schon damals die
„freie Gewerkschaft“ über dem politischen Horizont und über dem
Dasein des Einzelnen. Sie war eine der fürchterlichsten Terror-
instrumente, gegen die Sicherheit und Unabhängigkeit der nationa-
len Wirtschaft, die Festigkeit des Staates und die Freiheit der
Person.“

Siehe oben, Ausgabe 1930, S. 53.

Gegen die Frau

„Analog der Erziehung des Knaben kann der väterliche Staat auch
die Erziehung des Mädchens von dem gleichen Gesichtspunkt aus
sehen. Nach dort ist das Hauptgewicht nur allem auf die körperliche
Ausbildung zu legen, erst dann auf die Förderung der geistlichen und
auf der geistlichen Werte. Das Ziel der weiblichen Erziehung hat
unveränderbar die kommende Mutter zu sein.“

Das Selbstporträt Adolf Hitlers
(Eigene Worte) Seite 9.

„Blutige Legalität“

„Im übrigen ist in dieser Frage meine Stellungnahme die, daß
man nicht kleine Diebe hängen soll, um große laufen zu lassen, son-
dern daß zunächst ein deutscher nationaler Gerichtshof etliche Zeh-
ntausende der organisierten und damit verantwortlichen Verbrecher
des Rassenbetrugs und alles dessen, was dazu führt, abzurufen
und hinrichten hat. Ein solches Exempel wird dann auch dem klei-
nen Waffenerkäufer einmal für immer die notwendige Lehre sein.“

Adolf Hitler, „Mein Kampf“,
2. Band, 1927, Seite 193.

„Köpfe werden in diesem Kampfe rollen, entweder die
unseren oder die anderen. — Also sorgen wir dafür, daß die an-
deren rollen.“

„Vollbuch vom Hitler“ von Georg
Schott, 1924, Seite 84.

„Viele stellen sich „die Sache“ in Form eines Judenprozesses
von ungeheuren Ausmaßen vor. Die Juden werden einfach kalt ge-
macht. Man läßt sich dabei auf Worte, wie solche, die ich selbst
aus Hitlers Munde gehört: „Nunor nicht die Laternenpfähle voll-
hängen, wird keine Ruhe. — Gewiß, lieber Freund, das hat Adolf
Hitler gesagt. Hoffentlich verurteilt die der Gedanke keine
Zukunft. Er hat noch andere Dinge gesagt. Ich erinnere mich an
den Tag, an dem die bekannten 14 Verhaftungen der National-
sozialisten in München verboten wurden: eine Tat des Herrn von
Kahr, die einen großen Apparat von Unterbeamten und Vollzugs-
organen in Bewegung setzte; ununterbrochen sah man den ganzen
Tag über Leidbegänger, Ordnungsleute, grüne und blaue Polizei-
leute in Trab auf den Straßen. „Unmöglich, meinte damals Adolf
Hitler in einem engeren Kreis, „unmöglich diese Aufregung! Und
dabei handelt es sich um nichts als um das Verbot von 14 Ver-
sammlungen! In was für eine Aufregung würden denn die erst ge-
raten, wenn sie einmal die ersten 14, die ersten 1400 hängen
lassen müßten!“ So die Worte Adolf Hitlers! Und er hat
dabei an hanteln Stride und Laternenpfähle gedacht
und an Schulte, die mit beiden Bekanntheit machen sollten.“

„Es wird nicht eher Ruhe, als bis die Laternenpfähle vollhängen!“
Und ein Hundstot, der ihm darin nicht voll und ganz recht gibt.“

„Vollbuch vom Hitler“ von Georg
Schott, 1924, Seite 185/186.

Der Verantwortliche

„Es geschieht nichts in der Bewegung. — diese trät-
liche Zuversicht kann ich den Herrschaften geben — ohne daß ich
es weiß und ohne daß ich es billige. Ja, noch mehr, es
geschieht nichts, ohne daß ich es wünsche.“

Adolf Hitler in einer Rede an-
lässlich des 11. Jubiläums der
NSDAP, München, s. Hitler nach 1931-
licher Beobachter, Nr. 57, Jahrgang
1931.

Schlagt den Faschismus!

Das Naziverbrechertum

Große Sprengstoffdiebstähle - Eine Anzahl Nazis verhaftet

Ludwigshafen, 9. März. (Eig. Draht.) In Ludwigshafen wurde der Führer der pfälzischen SA und SS, Theodor Eidel in seiner Wohnung verhaftet. Die Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht, daß Eidel aus dem Werk der IG-Farben, wo er beschäftigt war, Sprengstoff gestohlen habe. Der Sprengstoff sollte zur Herstellung von Bomben dienen, Eidel war zu diesem Zweck mit nationalsozialistischen Parteifreunden in Pirmasens, wo die Bomben hergestellt werden sollten, in Verbindung getreten. Bisher sind über 30 Bomben und eine große Anzahl Patente mit Sprengstoffen beschlagnahmt worden. Außer dem nationalsozialistischen Sturmführer wurde dessen Adjutant, ein ehemaliger Maschinenmeister der IG-Farben, sowie drei Nationalsozialisten aus Pirmasens festgenommen. Sie wollten die Bomben, wie

sie bereits gefunden haben, zu einem Anschlag benutzen, und zwar, wie sie sich herausreihen, zu einem Anschlag für den Fall eines Antritts von kommunistischer Seite. Die hiesige Bevölkerung ist über die unverhohlenen Bürgerkriegsabsichten der Nationalsozialisten außerordentlich erregt.

Aus einer Mitteilung der Pressestelle des Oberstaatsanwalts in Zweibrücken, der die Untersuchung wegen des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz leitete, geht hervor, daß außer dem beschlagnahmten Sprengstoffmaterial und außer den beschlagnahmten Bomben noch weiteres Sprengstoffmaterial und weitere Bomben verstreut worden sind. Ein Teil des beschlagnahmten Sprengstoffmaterials ist inzwischen nach Ludwigshafen zurücktransportiert worden.

Aufmarsch der Polizei

Eine recht nützliche Demonstration

Hannover, 9. März. (Eig. Draht.) Auf dem Waterloo-Platz in Hannover marschierten am Mittwoch tausend Polizeibeamte zum größten Teil in Stahlhelmen auf. Sie waren bewaffnet mit Karabinern und Maschinenpistolen. Außerdem waren zwei Panzerwagen aufzufahren. Oberpräsident Nostke nahm eine Besichtigung vor und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Der Regierungspräsident und ich haben Sie nicht hier antreten lassen, weil wir Freude an einer Art Parade haben wollten. Dazu ist die Polizei nicht da. Außerdem sind die Tage, die wir jetzt durchleben, für die Polizei anstrengend, als daß es gestattet wäre, eine überflüssige Schaustellung zu veranstalten. Ich habe die Polizei zum ersten Male der Bevölkerung wegen möglichst vollzähliger antreten lassen. Die Bevölkerung soll sehen, und zwar alle Teile der Bevölkerung, daß in Hohen ein Volkswort besteht gegen die Wünsche und Bestrebungen mancher Kreise der Bevölkerung, die die unsinnigsten Behauptungen aufstellen. Nützliche Lebensarten werden herausgehoben, was alles nach dem nächsten Sonntag passieren würde. Einmal: „Dann beginnt mit einem Male für das deutsche Volk ein Leben in Glanz und Herrlichkeit“. Dann aber auch: „Schon flüchten Leute aus Angst vor dem, was nach

dem 13. März geschehen werde.“ Ich sage, es wird sich am nächsten Montag und den folgenden Tagen gar nichts gegenüber dem jetzigen Zustande ändern. Dafür werden wir, d. h. die Polizei und ich in Hannover sorgen. Im übrigen Deutschland wird es nicht anders sein. Um der hannoverschen Bevölkerung zu zeigen, daß sie ganz ruhig sein und sich auf Sie verlassen kann, deshalb haben wir die Polizei aufmarschieren lassen, deshalb werden Sie nachher geschlossen von diesem Platz durch die Stadt marschieren. Selbstverständlich wissen wir, daß Wünsche geäußert werden, die heutige Regierung zu stürzen und die verfassungsmäßigen Zustände über den Damm zu rennen. Auch denjenigen, die mit solchen Gedanken und Wünschen sich tragen, will ich die hannoversche Polizei zeigen, und ich sage ihnen, es werden sich die Zustände in Preußen und Deutschland nur auf gesetzlichem Wege und in einer Regalität ändern, deren Form wir mitzubestimmen haben. Wer es wagen sollte, vorzeitig zu versuchen, auch nur nach einem Stiefel der Macht zu greifen, wird sehr schmerzliche Erfahrungen machen.“

Anschließend marschierte die Polizei mit einer Kapelle an der Spitze durch die Straßen der Stadt. Sie wurde überall von der Bevölkerung herzlich begrüßt.

Nazi-Attentat auf eine Zeitung

Greifswald, 8. März. In der letzten Nacht unternahm Nationalsozialisten einen regelrechten Sturm auf die Büros der sozialdemokratischen Greifswalder Volkszeitung. Bereits um 11.30 Uhr hatte ein Trupp von etwa 40 Nazis versucht, die Schaufenscheiben des Geschäftes zu zerbrechen. Da seit einigen Tagen bekannt war, daß ein solches Attentat vorgesehen war, hatte die Geschäftsleitung eine Wache in den Büroräumen untergebracht. Es gelang ihr, den ersten Ansturm abzuwehren. Daraufhin holten sich die Nazis Verstärkung, so daß schließlich 100 Mann in einem Haufen auf das Geschäftshaus loskürten. Die Wache, die nur aus zehn Mann bestand, konnte dieser gewaltigen Uebermacht keinen ausreichenden Widerstand entgegenstellen. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß, bei dem das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Franz Freitag, sehr schwer von den Nazis zugerichtet worden war, so daß er in die Greifswalder Klinik überführt werden mußte. Unter den Angreifern wurden der Katasteramtschreiber Rudolf Martens und der Student Gebete erkannt.

Die Nationalsozialisten schlugen mit Totschüsseln und Knütteln

die Schaufenscheiben des Geschäftshauses sowie sämtliche Schaufenscheiben ein. Die Polizei konnte nicht rechtzeitig zur Stelle sein, da sie an einer anderen Stelle von den Nazis in eine Schlägerei verwickelt worden war, um ungehindert diesen Ueberfall ausführen zu können.

Bereits in der Nacht vorher wurde auch in Barth die Filiale des sozialdemokratischen Vates Der Vorposten in Stralsund zerstört.

Es ist bekannt geworden, daß Angehörige des Sturmes 33 aus Berlin nach Pommeren gekommen sind, um dieses Attentat auf die Geschäftsbücher der sozialdemokratischen Zeitungen zu inszenieren. Es hält sich auch jetzt noch ein Anstalt dieser Berliner Nazis in Greifswald auf. Auf dem Büro der Greifswalder Volkszeitung liegt ein ganzes Arsenal von schweren Totschlüsseln und zurechtgemachten Waffen; darunter befinden sich mit Eisen gefüllte Knüttel, Revolver, Gummiknüttel, drei mit Eisen gefüllte Schläuche usw. Die Polizei konnte etwa 50 Teilnehmer der Nazis verhaften.

Nazi und Siedlung

Im Artikel 17 des nationalsozialistischen Programms werden den Bauern und den Arbeitern allerlei Verprechungen gemacht; es heißt u. a. dort:

„Wir fordern eine unteren Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur Schaffung von Boden für gemeinsame Zwecke usw.“

Es war wohl der Propagandaleiter der Nationalsozialisten in Berlin, Dr. Goebbels, der diesen Artikel verschiedentlich dahin auslegte, daß die Nationalsozialisten „den Boden sozialistischer Wälder“; denn — Ausführungen Dr. Goebbels in der Nationalsozialistischen „Der Nazi-Sozial“ —

„Grund und Boden gehören im Prinzip dem Volke als Gesamtheit.“

Eine derartige Auffassung über Grund und Boden hat bei den Großgrundbesitzern viel böses Blut gemacht. Deshalb trat Adolf Hitler persönlich in Aktion und legte den Artikel 17 des nationalsozialistischen Programms dahin aus:

„Daß der Rufus über die unentgeltliche Enteignung nur auf die Schaffung geistlicher Würdlichkeiten Bezug hat. Boden, der auf unerschöpfliche Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, ist wenn nötig, zu enteignen. Gemeint seien nur die jüdischen Grundbesitzer.“

Diese Erklärung hat die Großgrundbesitzer immer noch nicht beruhigt. Sie stellen Hitler immer wieder zur Rede, nun endlich zu sagen, wie es mit dem Grund und Boden im Dritten Reich werden soll. Hitler half sich, indem er — nach dem Bericht der

Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung vom 8. November 1930 — erklärte:

„Wenn 20 Millionen Menschen in Deutschland zu viel sein sollten, dann muß eben für diese Raum geschaffen werden.“

Um dieselbe Zeit erklärte Hitler nach einem Rundschreiben des Fürsten Eulenburg zu Liebenberg, das Hitler nach einer Bepflanzung vorgelegt und an ihn als richtig bestätigt worden ist:

„Ich denke nicht daran, ererbten oder sonstige rechtmäßig erworbenen Grundbesitz, soweit er im Dienste der Allgemeinheit Arbeit leistet und produziert, zu zerstören. Ich habe auch nicht die Absicht, in breitem Umfange auf deutschem Boden zu siedeln, weil die zur Verfügung stehenden Flächen für ein 60-Millionenvolk zu beschränkt sind. Es würde dabei nur eine Besitzverflechtung herauskommen, die der Allgemeinheit keinen wesentlichen Nutzen, ja, hinsichtlich der Ernährungsgrundlage sogar Schaden brächte, da große Güter mehr produzieren, als parzellierte Güter.“

Einmal verspricht man, den Massen Siedlungsland zu geben; des anderen heißt es, an die großen Güter dürfe nicht gerührt werden. Diese Auffassung von der „Immunität der großen Güter“ unterstreicht der nationalsozialistische Großgrundbesitzer Hermann Schweiber in seiner Broschüre „Amer täglich Brot“, in der es wie folgt heißt:

„Durch Siedlung darf kein Großgrundbesitz zerfallen werden.“

Der Widerspruch in den nationalsozialistischen Äußerungen ist nicht zufällig. Es handelt sich eben um eine Partei, die mit den Großgrundbesitzern geht und die für die Bauern nichts übrig hat.

Freistaat Baden

Aufhebung der Sperre bei der Aufrückung und Beförderung von Staatsbeamten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Das badische Staatsministerium hat am 8. d. M. den Staatshaushaltsplan für die Jahre 1932 und 1933 beraten. Dabei konnte erfreulicherweise festgestellt werden, daß voraussichtlich der laufende Ausgabenbedarf durch die vorgesehenen Einnahmen gedeckt werden kann, daß also ein Zahlungsmittel nicht zu erwarten ist. In Verbindung damit hat das Staatsministerium beschlossen, daß die Bestimmung von Artikel 49 Absatz 1 der Staatshaushaltsverordnung vom

9. Oktober 1931 im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über das Finanzgesetz aufgehoben werden soll. Die Beamten erhalten also dann wieder beim Anrücken oder bei einer Beförderung in eine höhere Stelle die neuen Bezüge vom Tage des Wirkensbeginns der Ernennung ab, während bisher der neue Bezug erst vom Beginn des 13. Monats an nach dem Tag der Ernennung wirksam wurde.

Stuttgart, 9. März. In Württemberg herrscht seit gestern fast ununterbrochener Schneefall, der im ganzen Lande zu schweren Verkehrsstörungen geführt hat. Die Volkstrafwagen und Autobuslinien können nicht verkehren. Viele Volkstrafwagen liegen auf den Landstraßen fest. Die Bäume haben Verzerrungen bis zu einer Stunde und darüber. Göttingen war in der vergangenen Nacht ohne Licht, da die Leitungen den Schneemassen nicht standhielten.

Krach im kommunistischen Lager

Frankfurt a. M., 9. März. (Eig. Draht.) In Offenbach kam es zwischen den moskowitzischen Kommunisten und der kommunistischen Opposition, der sogenannten Gauleitung, zu schweren Zusammenstößen, als die Moskowitz nach Beendigung einer Versammlung versuchten, die KPD-Versammlung im Gewerkschaftshaus zu sprengen. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Kommunistischer Abgeordneter wegen Sprengstoffaffäre verhaftet

Bochum, 9. März. (Eig. Draht.) In Bochum wurde der Kommunistenführer und Reichstagsabgeordnete Pawlowitz verhaftet. Er ist der Teilnahme an großen Sprengstoffdiebstählen in Gelsenkirchen verdächtig.

Die Kommunisten und der 13. März

Selbst wenn am 13. März die Sozialdemokratie geschlossen für Thälmann — der der Parteikandidat der Kommunisten ist, nicht aber der Kandidat der Linken oder gar des Sozialismus! — stimmen könnte und stimmen würde, siehe sich für ihn die erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichen. Der erste Wahlgang wäre erloschen, im zweiten Wahlgang aber würde sich eine einseitige Front gegen links herausbilden, eine Front jener Partei, die im Vergleich zu Thälmann selbst in einem Stiller noch immer das „Heinere Uebel“ erblicken: der übermächtige Sieg des Faschismus wäre gesichert!

Keine Diktatur und kein Ueberintellektualismus können aus dem Welt schaffen, sowohl das es am 13. März letztlich um die Frage ob Demokratie oder Faschismus, ob Hindenburg oder Hitler geht, als auch vor allem, daß jede einzelne Stimme, die auf Thälmann oder Dillenberg oder Winter entfällt aber nicht auf Wahltag nicht beizuliegen, unmittelbar für Hitler wirkt!

Und muß die These, „zwischen Hitler und Hindenburg sei kein Unterschied“, noch erst widerlegt werden? — Die Kommunisten haben sieben Jahre „Hindenburg-Republik“ erlebt, haben sich in dieser Zeit entfaltet, haben — wenn auch auf ihre besondere Propaganda getrieben. Wäre es nicht allzu gefährlich für die Kommunisten und für alle, so müßte man den Herren beinahe eine Anweisung unterrichten müßten: schon nach sieben Tagen „Hitler-Republik“ würde der Letzte erkannt haben, daß eben doch ein „Heinere“ Unterschied zwischen Hindenburg und Hitler besteht.

Diesen Anweisung unterrichtet aber wollen wir den Kommunisten und wollen wir dem deutschen Volk, wollen wir vor allem der Sache des Sozialismus ersparen, die Beispiele in Italien, in Polen, in Ungarn genügen uns!

Glauben schließlich die Kommunisten für sich etwas gewinnen zu können, wenn der blutige Terror in einem (auch darauf kommt es an!) nicht mehr demokratischen Staat reuert, wenn ihre Propaganda zertrümmert, ihre Presse verboten, ihre Versammlungen unterbunden sind? Wenn ihre Führer befeuert sind und hinter jedem Andersgläubigen ein SA-Mann als Aufhänger, als Anker, als Stütze, als Richter steht? — Eine solche Rechnung mag bei den kommunistischen, aber vielleicht ein interessanter Fall für den Weltroman sein, aber leninistisch oder gar marxistisch ist sie nicht!

Es bleibt schon dabei: Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Und Hitler ist das „Heinere Uebel!“ Ganz besonders für die Kommunisten!!!

Nazi-Banditen

Hannover, 9. März. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Mittwoch drang eine Horde von etwa 20 Nazis in ein Verkehrslokal der Stadt publizianer in einem Vorort Hannovers ein. Sie suchten hier nach Reichsbannerleuten, an denen sie ihre Rachegelt kühlen wollten. Sämtliche Nazis waren mit Knütteln und Schlagstöcken bewaffnet. Ein junger Reichsbannermann, der an einem Tisch saß, wurde blutig geschlagen. Dann zog sich die Bande ähneln zurück, blieb aber in der Nähe des Lokals, um weitere Ueberfälle auszuführen zu können. Ein Ueberfallkommando aus Hannover stellte den Tatort fest, konnte aber die Kommandos nicht dingfest machen.

Als das Ueberfallkommando bereits wieder auf dem Weg nach Hannover war, versuchten die Nazis abermals die Uebst durchzuführen, wurden aber von einem zweiten Ueberfallkommando daran gehindert. Das Ueberfallkommando konnte die Kastration, eine ehemalige Luftfabrik, in die sich die Nazis zurückgezogen hatten, feststellen. Die sofort vorgenommene Durchsuchung förderte unter anderem Hand- und Stichtaffen zu Tage. Die Polizei verhaftete 6 Nazi, die dem Schnellrichter vorgeführt wurden.

Hakenkreuzbanditen in Braunschweig

Braunschweig, 9. März. (Eig. Draht.) Die Braunschweiger Nazis haben in den Kaserne untergebrachten Soldatensaal eine „höchste Marasche“ gebracht. Welche Erwartungen die Hakenkreuzer auf den 13. März legen, geht daraus hervor, daß an die SA, SS, Verbandspräsidenten ausgesprochen worden sind.

Die Umtriebe der bewaffneten Hakenkreuzer sind selbst der braunschweigischen Polizei inzwischen zu toll geworden, so daß sie in der letzten Nacht 28 Nazis festnehmen mußte, die als Reichskolonnen getarnt auftraten. Bei der Durchsuchung der Festgenommenen fand man Dolche, feststehende Messer, Schutzmasken und Munition. Man darf gespannt sein, ob diese Nazis, die nach der Verurteilung mindestens drei Monate Gefängnis zu erwarten haben, wieder laufen gelassen werden.

Ein „Trommelfeuer“ der Nazi-Partei auf braunschweigische Betriebe endete mit einer einmütigen Abwehr der Belegschaften. So war eine Nazi-Veranstaltung für die beiden größten Braunschweiger, Mag und Büßing, die insgesamt 2000 Belegschaften umfassen, von Lage und Schreibe 68 Mann besucht. Davon war der größte Teil SA-Sozialisten. Der Rest setzte sich aus Ingenieuren, Kaufmännern und technischen Angestellten zusammen. Ganze zwei Betriebsarbeiter erschienen als Hospitanten der freien Gewerkschaften. Ähnlich war die Nazi-Partei in den übrigen Betriebsveranstaltungen.

Die Internationale der Nationalisten

Paris, 9. März. (Eig. Draht.) Nationalistische Kommandos führten Dienstag Abend eine Friedensdemonstration in Arles bei Marseilles in der Frau Frieda Berlin aus Stuttgart predigen sollte. In der Versammlungsdienst kam es zu einer heftigen Schlägerei, so daß die Veranstaltung die Versammlung aufheben mußten. Auf der Straße wurde die Schlägerei zwischen Nationalisten und Kommunisten fortgesetzt; auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verwundete. Die Polizei verhaftete einen Nationalisten.

Warum Hindenburg?

Von Otto Braun, preussischer Ministerpräsident.

Warum Hindenburg? Diese Frage bewegt heute zahlreiche Wähler, die mit Freuden für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, mit Begeisterung für ihn werben würden. Ja, wenn es bei der Wahl des Reichspräsidenten darauf anläge, ein Bekenntnis zum sozialdemokratischen Programm abzulegen, die Stärke der Sozialdemokratischen Partei aufzuzeigen, dann könnten alle sozialdemokratischen Wähler ihrer inneren Überzeugung folgend mit dem Stimmzettel Zeugnis ablegen für die Sozialdemokratie und ihre Politik. Dazu werden sie übrigens bei den kommenden Landtagswahlen hinreichend Gelegenheit haben.

Am 13. März aber werden die Wähler nicht aufgerufen um, wie bei den Parlamentswahlen, sich für die Politik einer Partei auszupressen, sondern sie sollen einen Mann zum Reichspräsidenten wählen, der durch seine Person und seine Werke die Gewähr bietet, daß er das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, treu der republikanischen Verfassung und seinem Eide, zum Wohle des ganzen Volkes zu verwahren und die ihm verliehene Macht nie mißbrauchen wird.

Gewiß, Ebert, der erste deutsche Reichspräsident, hat durch seine Amtsführung bewiesen, daß ein Sozialdemokrat dem deutschen Volke diese Gewähr bietet, und wenn die geringste Aussicht bestünde, daß ein sozialdemokratischer Kandidat am nächsten Sonntag die Mehrheit der Wählerstimmen oder in einem eventuellen zweiten Wahlgang auch nur die relative Mehrheit erlangen könnte, dann hätte man ihn aufstellen und für ihn stimmen müssen. Diese Aussicht besteht leider nicht.

Infolge der unsinnigen Politik durch die Kommunisten, die erhebliche, durch die wirtschaftliche Not zermürbte Arbeitermassen verwirrt und einem Phantom nachjagen läßt, ist die Wahl eines Sozialdemokraten ausgeschlossen. Noch viel weniger hat der Kommunist Thälmann Aussicht gewählt zu werden, von dem Hugenberg-Kandidaten Düstere oder dem Kandidaten der rot gestempelten Tausendmarktscheine ganz zu schweigen. Den Wählern bleibt daher nur eine Alternative: Hindenburg oder Hitler! Zwischen diesen beiden haben die Wähler zu entscheiden. Kann da die Wahl schwer fallen? Man lese sich die Männer an!

Hitler, dieser Prototyp des politischen Abenteuerers, der durch eine aus dunklen Geldquellen gespeiste Agitation alle die Massen verzweifelter und hoffnungsloser, sowie alle jene Kreise, die aus kapitalistischer Profitgier, reaktionärer Gesinnung oder politischem Unverständnis dem heutigen Volksstaat tödfeindlich gegenüberstehen, um sich geschart, und für sein nebelhaftes Drittes Reich gewonnen hat, der allen Volksteilen alles, was sie wünschen, immer auf Kosten des anderen Teils verspricht.

Demgegenüber Hindenburg, die Verkörperung von Ruhe und Stetigkeit, von Mannestreu und hingebender Pflichterfüllung für das Volksganze, dessen Leben klar vor aller Augen liegt, der nicht zuletzt auch durch seine siebenjährige Amtsführung als Reichspräsident bewiesen hat, daß sich alle die auf ihn verlassen können, die Deutschland vor dem Chaos bewahren und in friedlicher schicksalverbundener Zusammenarbeit mit allen Volksteilen aus dem jetzigen wirtschaftlichen Elend wieder aufwärts führen wollen.

Die Wahl Hitlers würde das wirtschaftliche Elend bis zur Unentwürflichkeit steigern, Staatsstöße, politische Unterdrückung und Bürgerkrieg zur Folge haben, und schließlich die Gefahr des Zerfalls des Reiches heraufbeschwören. Deshalb muß Hitler eine Niederlage bereitet, Hindenburg gewählt werden.

Nach trennt in weltanschaulicher und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von Hindenburg. Doch hat das Menschliche, das heute leider in unserem öffentlichen Leben kaum noch Geltung hat, eine Brücke über diese Kluft geschlagen, die uns zusammenführt und eint, in dem Streben, jeder nach seiner Überzeugung das Wohl des Volkes zu fördern. Ich habe den Reichspräsidenten kennen gelernt als einen Mann,

auf dessen Wort man bauen kann, als einen Menschen reinen Willens und abgeklärten Urteils, erfüllt von hohem Pflichtgefühl, das ihn auch veranlaßt hat, trotz seines hohen Alters und seiner begreiflichen Sehnsucht nach Ruhe erneut sich dem deutschen Volke zur Verfügung zu stellen, und die schwere Bürde seines verantwortlichen Amtes auf sich zu nehmen.

Ein Mann dieser Wesensart mußte die enttäuschten, die von ihm Verletzung seines Eides und Verfassungsbruch erwarteten. Weil er als Schlichter der Verfassung, treu seinem Eide zum deutschen Volke stand, deshalb verfolgen sie ihn jetzt mit giftigem Haß und überschütten ihn mit Schmähungen und niedrigsten Verleumdungen.

Weil dem so ist, trete ich für ihn ein. Ich wähle Hindenburg und appelliere an die Millionen Wähler, die vor sieben Jahren für mich gestimmt und an alle, die darüber hinaus mir und meiner Politik Vertrauen entgegenbringen:

Zur desgleichen, schlägt Hitler, wählt Hindenburg!

Hitler! - Oder Putsch!

Vor einigen Tagen wurde in dem Großteil der Presse des In- und Auslandes ein verträgliches Rundschreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Goebbels, veröffentlicht; in diesem Rundschreiben war klipp und klar gesagt worden, daß für den Fall einer Niederlage Hitlers am 13. März als letzte Waffe und Möglichkeit der Einfluß der SA- und SS-Abteilungen bliebe. Ja, die Notwendigkeit einer Mobilisation dieser Kräfte wäre schon dann gegeben, wenn es zum zweiten Wahlgang, dem die NSDAP, weber psychologisch noch finanziell gewachsen sei, käme. „Die Würfel sollen fallen!“, so schloß Herr Goebbels.

Es war zu erwarten, daß dieses Rundschreiben, das nur für den engen Kreis der Gauleiter bestimmt war, alsbald nach seiner Veröffentlichung wie üblich dementiert wurde; das „Rundschreiben sei frei erfunden und erlogen“, behauptete Herr Goebbels.

Indessen sind wir heute in der Lage, mitzuteilen — und das scheint uns die beste Illustration der Wahrheitsliebe und Ritterslichkeit derer um Hitler und Goebbels zu sein! — daß unmittelbar nach der erfolgten Publikation des ersten Rundschreibens ein zweites Rundschreiben an die Gauleiter der NSDAP, erging mit dem „dringenden Ersuchen um sofortige Feststellung ob und gegebenenfalls auf welchem Wege der vertrauliche Inhalt des Reichspropagandaleiters in Verleugung gerieten ist. Fehlmeldung erforderlich.“

Wir haben dieser Tatsache, deren „Dementi“ wir nach bestem Wissen binnen kürzester Frist erwarten, nichts hinzuzufügen, als auf die üblichen Wahltreden der Hitlerleute, die seit acht Tagen mit auffällender Regelmäßigkeit auszuklingen pflegen in die Alternative

„Reichspräsident Hitler - oder Gewalt!“

Nazi und Landwirtschaft

Die Nationalsozialisten lieben es, sich in ihrer Propaganda auf dem Lande als die wahren Freunde der Landwirtschaft anzusprechen. Und doch wollen sie nur auf dem Lande ihr Parteigeschäft machen. Der bäuerliche Beobachter schrieb am 28. März 1930 über eine agrarpolitische Tagung der Nationalsozialisten folgenden:

„Wir haben an der Herstellung einer rentablen Landwirtschaft kein Interesse, wenn aus der heutigen Agrarkrise das nationale und soziale Programm unseres Volkes nicht gelöst wird.“

Dem theoretischen Phantom einiger Nationalsozialisten, die leider nicht über das nötige Maß von volkswirtschaftlicher Schulung verfügen, um ernst genommen werden zu können, will man also die Landwirtschaft opfern.

Gregor Strasser, der nationalsozialistische Reichsausschussleiter aus Bayern, erklärt in den Nationalsozialistischen Führerbriefen im Juli 1929 folgendes:

„Wir treiben Katastrophspolitik, weil nur die Katastrophe die

Bahn frei macht für jenen Neubau, den wir Nationalsozialismus nennen.“

Auch hier wieder die Tendenz, die Landwirtschaft dunklen Projekten, von denen auf der Hand liegt, daß sie nicht ausführbar sind, zu opfern.

So sehen die nationalsozialistischen Freunde der Landwirtschaft aus!

Hitler und der Askari

In einer Stahlhelmversammlung in der Nähe von Altmühl sprach ein Stahlhelmredner über Adolf Hitlers Kriegsdienst:

„Wir Stahlhelmer können Hitler nicht wählen. Das kann uns keiner verdenken, weil Hitler ein Österreicher ist und erst jetzt zu uns herübergewechselt ist. Wenn er auch das E.A. 1 trägt und vier Jahre für uns gekämpft hat, das hat jeder schwarze Askari unter Vetter-Vorbed in Ostafrika auch getan. Sollten wir nicht in Deutschland einen echten deutschen Mann finden, der der höchsten Würde des Reiches wert ist?“ Das ist gut gebrüllt von einem ehemaligen Harzburger. Die in dieser Versammlung anwesenden Nationalsozialisten sollen übrigens nicht gewagt haben, gegen den Vorschlag Hitlers mit den schwarzen Askaris in Ostafrika zu mucken.

Kommunistische Zerlegungsversuche in der Reichswehr

Das Reichswehrministerium gibt bekannt: „In der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. März 1932 sind von den Dienststellen der Reichswehr insgesamt 63 kommunistische Zerlegungsversuche in den meisten Fällen durch Frontblattnetzeiler gemeldet worden. 19 Kommunisten hat die Truppe selbst auf frischer Tat erwischt, während sieben durch die Polizei festgenommen wurden. In der gleichen Zeit wurden 11 Angriffe auf Munitionslager gemeldet, die alle meist unter Verwendung der Waffe vereitelt wurden. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß das Reichsgericht im Jahre 1931 gegen nicht weniger als zehn Personen wegen Zerlegung der Wehrmacht verhandelte und dabei Strafen von insgesamt 16 1/2 Jahren Festungshaft verhängte.“

Reichsrat und Bierpreislenkung

Berlin, 9. März. (Eig. Draht.) Die Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Mittwoch mit der geplanten Senkung der Biersteuern und der Branntweinabgabe. Auf Antrag Bayerns wurde der Reichsregierung empfohlen, die Reichsbiersteuer, so wie es die Regierung vorgeesehen hatte, um 3 M für den Hektoliter zu senken. Die Gemeindebiersteuer dagegen soll gestaffelt ermäßigt werden. In Gemeinden, die bisher nur bis zu 2,50 M Steuer auf den Hektoliter Bier erhoben, soll die Steuer unverändert bleiben. Bei einem Steuerfuß von bisher bis zu 5 M soll die Senkung 20 Prozent, bis zu 7,50 M 30 Prozent und bis zu 10 M 40 Prozent betragen. Die Branntweinabgabe soll von 6 auf 4 M, also um ein Drittel ermäßigt werden.

Ämtlich wird zu der vorstehenden Meldung mitgeteilt: Die Senkung der Reichsbiersteuer und der Gemeindebiersteuer ist am Mittwoch in den Reichsratsausschüssen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers besprochen worden. Die Angelegenheit ist nunmehr soweit vorbereitet, daß die endgültige Entscheidung in Kürze erfolgen kann. Dabei wird auch Gewähr dafür gegeben werden, daß gleichzeitig mit der Biersteuerlenkung eine kräftige Bierpreislenkung eintritt wird.

Der Kampf im süddeutschen Kohlenhandel

Aus Stuttgart meldet der SWP: Der Kampf im süddeutschen Kohlenhandel, der von den Kohlenhandelsverbänden und den Verbänden der Kohlenhändler gegen Außenleiter seit Jahren mit nicht immer einwandfreien Mitteln geführt wird, beschäftigt neben dem Reichsstaatsgericht auch die Staatsanwaltschaft Stuttgart. Vor dem Reichsstaatsgericht in Berlin schweben verschiedene Verfahren, eines davon in der Berufungsinstanz, das nun wohl auch in der ersten Instanz demnach mit der Niederlage des Süddeutschen Kohlenwirtschaftsverbandes zum Abschluß kommen wird. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte schon vor längerer Zeit eine strafrechtliche Untersuchung gegen verschiedene Mitglieder des Stuttgarter Kohlenhändlerverbandes eingeleitet und das recht umfangreiche Material beschlagnahmt. Die Untersuchung ist nun so weit gefördert, daß sie zum Abschluß gebracht werden konnte und nun Anklage gegen den Vorsitzenden des Stuttgarter Kohlenhändlerverbandes Erlebach wegen verführerischer Erpreßung erhoben worden ist. Der Termin zur öffentlichen Verhandlung vor dem Stuttgarter Amtsgericht 1 ist bereits angelegt worden.

De Balera zum Ministerpräsidenten gewählt

Dublin, 9. März. Der Landtag wählte mit 81 gegen 68 Stimmen De Balera zum Vorsitzenden des Ministerrates des Irischen Freistaates.

Durch alle deutschen Sender klingt die Kunde:

Besser und billiger wirtschaften — mit



„Sanne und Ella“, die vorbildlichen Hausfrauen, geben Ihnen folgenden Wink zum Sparen:

„Bereiten Sie aus den oft vom Mittag übrigbleibenden kleinen Fleischresten, die Sie mit kleingeschnittenen Kartoffeln vermengt in Sanella abbacken, ein schmackhaftes Abendbrot!“

„Sanne und Ella“ zeigen hier den doppelten Wert von Sanella: sie ist preiswert und sparsam — und gibt auch den billigsten Gerichten Nährwert und erhöht ihren Geschmack! Und wie gesund und bekömmlich ist sie für die Kinder aufs Brot! — „Sanne und Ella“ haben noch viele solcher Winke und auch sonst „Überraschungen“ für Sie! Also folgen Sie den Winken in diesem Blatte und im Radio!



Gewerkschaften fordern Klarheit

Jam neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

In der Woche vor Ostern tritt der Krienskongress der freien Gewerkschaften zusammen. Seine Aufgabe ist es, im Kampf um die Arbeitsbeschaffung von neuem das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurütteln. Wie notwendig das ist, zeigt die Stimmungsmache, die schon jetzt gegen den Krienskongress vorbereitet wird. Das Leitmotiv dieser Stimmungsmache lautet: der Krienskongress ist eigentlich überflüssig; denn was in der Frage der Arbeitsbeschaffung geschehen kann, geschieht bereits.

Wem Anschein nach hat aber die Regierung selbst durchaus nicht ein so gutes Gewissen; denn ihr Reichsarbeitsminister hat soeben ein größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm

ausgearbeitet. Es besteht in drei Hauptpunkten: Zusätzliche Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes und Arbeitsförderung im Kohlenbergbau. Auf diese Weise soll, wenn die Finanzierung von etwa 1,2 Milliarden Mark sich ermöglichen läßt, rund 200 000 Arbeitslosen für die Dauer eines Jahres direkt und 400 000 Arbeitslosen indirekt Arbeit gegeben werden.

Für die zusätzliche Arbeitsbeschaffung sollen die Reichsbahn Aufträge in Höhe von 300 Millionen und die Reichspost in Höhe von 100 Millionen Mark begeben. 300 bis 400 Millionen will man für Straßenbau, 200 bis 300 Millionen für Meliorationen, 50 Millionen für Wasserbau und etwa 200 Millionen für die Förderung des Kleinwohnungsbaus ausgeben. Die Arbeitsförderung im Kohlenbergbau soll durch das Krümmersystem bewerkstelligt werden, d. h. also durch Verteilung der Arbeit auf dem Wege eines seitweiligen Urlaubs. Den freiwilligen Arbeitsdienst will man erweitern auch auf Jugendliche, die noch keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung haben oder nicht versicherungspflichtig oder überhaupt nicht Arbeitnehmer sind, wie z. B. Abiturienten und Studenten.

Die Regierung will sofort nach der Präsidentenwahl zu dem Arbeitsbeschaffungsentwurf des Reichsarbeitsministers Stellung nehmen.

Der Krienskongress der Gewerkschaften wird also im richtigen Augenblick stattfinden; denn er muß dafür sorgen, daß nun wenigstens einmal ein Anfang in der Arbeitsbeschaffung gemacht wird, und daß eine wirklich durchgreifende Siffaktion zur Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt wird.

Geht es nicht, dann wird die Regierung umso mehr in ihren bisherigen Irrtümern verharren und sich von den Arbeitgebern von neuem darin befähigen lassen. Schon jetzt mehren sich z. B. verdächtige die Anzeichen, daß die Arbeitsbeschaffung, wenn die auf Grund der Notverordnung abgeschlossenen Tarife ablaufen, von neuem Lohnkämpfen durchziehen werden. Aus der Landwirtschaft wie aus der Industrie kommen neue Lohnauforderungen. Hier heißt es rechtzeitig vorbeugen. Auch die von den Arbeitgebern jetzt bereits empfohlene Arbeitsbeschaffung durch Legalisierung der Schwarzarbeit schafft neue Gefahren für die Arbeiterklasse und für die Wirtschaft. Früher hieß es, die Arbeitslosen seien Faulenzer. Jetzt, wo der Arbeitslose in der Verweisung sein eigener Arbeitsvermittler wird, d. h. sich um jeden Preis für irgendeine Arbeit anbietet, fordert der Arbeitgeber, die Zeitschrift der deutschen Arbeitgeberverbände, die Schwarzarbeit sozusagen legalisieren und die entsprechenden Folgerungen für die ganze offizielle Lohn- und Arbeitspolitik zu ziehen. Der Arbeitgeber begrüßt es, daß Arbeitslose und Arbeitsbeschaffung sich mit dem „Ergebnis billiger Arbeit und eines elastischen Arbeitsverhältnisses“ treffen. Wir verstehen: der Verweisungssatz des Arbeitslosen, der durch Schwarz-

arbeit den Lohn noch tiefer herabdrückt, ist das Ideal des Arbeitgebers. Die damit verbundene Schmutzkonturen, die vor allem dem Handwerk schwer zu schaffen macht, nimmt der Arbeitgeber gern in Kauf, wenn sich Aussicht bietet, von unten her die Tarifpolitik der Gewerkschaften zu unterhöhlen und zu zerbrechen.

Die Dauerarbeitslosigkeit schafft, wie man sieht, von Tag zu Tag neue Schäden.

Die Gewerkschaften können daher sich nicht mit neuen Arbeitsbeschaffungsversprechungen verdrängen lassen. Sie wollen endlich wissen, woran sie sind. Sie wollen klar sehen, was die Regierung von sich aus zu tun bereit ist und was darüber hinaus notwendig und möglich ist.

Das Uebel muß bei der Wurzel gepackt werden. Solange nicht eine wirklich fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, kommen wir in Deutschland weder wirtschaftlich noch politisch in eine Atmosphäre, in der überhaupt erst ein Sanierungsmerk auf weite Sicht durchgeführt werden kann. Zunächst muß das Fieber weg, wenn der Kranke sich erholen soll. Das Fieber ist aber nicht zu beseitigen, solange der Eiterherd der Arbeitslosigkeit weiterfrischt. Hier muß ausgepackt werden. Ein Allheilmittel gibt es nicht, darüber sind sich die Götter längst einig, und daher soll man das eine tun, das andere nicht lassen, d. h. die Banken sanieren und den Kredit verbilligen und das Regierungsprogramm, soweit es annehmbar ist, durchführen und die Arbeitszeit verkürzen, wo es als Gegengewicht gegen scharfe Rationalisierung zweckmäßig und notwendig ist, und auch in Gottes Namen den freiwilligen Arbeitsdienst ausbauen, wenn dadurch den jugendlichen Arbeitslosen Halt und Stütze gegeben werden kann.

Die Parole der Gewerkschaften im Kampf um die Arbeitsbeschaffung — wir wiederholen es — lautet: was hilft, ist gut. Nur eine kräftige Hilfe kann helfen. Durchbruch!

Einschneidende Wirtschaftsnotverordnung

Einschränkung des Zugabewesens / Gegen Wirtschafts- / Sperrung für Einheitspreisgeschäfte in Städten unter 100 000 Einwohnern

Berlin, 9. März. Eine heute abend vom Reichspräsidenten vollzogene Verordnung zum Schutze der Wirtschaft, die als Ergänzung der vorhergegangenen Notverordnungen gedacht ist, bringt wichtige Wirtschaftsmaßnahmen folgenden Inhalts:

1. Die Klame zeigt durch Gewährung von Zugaben Formen, die mit einer gesunden Wirtschaftsführung nicht mehr vereinbar sind, da darunter die Preisbemessung oder die Qualität der Hauptware leidet. Darum läßt die Verordnung neben geringwertigen Klamegegenständen mit Klameaufschrift und unbedeutenden Kleinigkeiten Zugaben nur zu, wenn der Verkaufspreis für den Zugabeartikel. Verbieten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet oder von einer Verlosung oder einem sonstigen Zufall abhängig gemacht werden. Um eine Frist für die Umstellung auf den neuen Rechtszustand zu geben, treten diese Vorschriften erst am 1. Juli ds. Js. in Kraft. Sind bereits vorher Zugaben ausgesetzt, so bleiben die Vereinbarungen in Kraft, die über die Zugabe getroffen sind.

2. Auch auf dem Gebiete des Ausverkaufwesens machen Mißstände schnelle Gegenmaßnahmen erforderlich. Die Notverordnung sieht daher vor, daß Ausverkäufe nur noch unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde sind verstärkt. Außerdem ist die Schaffung von Einigungsämtern vorgesehen, die bei Verstößen auf Anrufen einer Partei eine gütliche Einigung versuchen sollen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftspionage haben sich ebenfalls in hohem Grade bedenkliche Erscheinungen gezeigt. Die geltenden Strafgesetze reichen nicht aus, um die deutsche Arbeit und Wirtschaft in dem erforderlichen Maße dagegen zu schützen. Um weitere nicht wieder zuzumachende Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern, ist sofortige Abhilfe dringend geboten. Die Notverordnung trifft daher zersetzende Maßnahmen, um die Läden zu schließen.

3. Die Bestimmungen im dritten Teil über die Einheitspreisgeschäfte erhalten eine auf zwei Jahre bemessene Sperrung für die Errichtung weiterer Verkaufsstellen von Einheitspreisgeschäften in

Städten unter 100 000 Einwohnern. Den mittelständischen Einzelhandelsbetrieben in den mittleren und kleineren Städten soll durch ein gewisser Schutz ihres Bestandes gesichert werden. Für die Großstädte dagegen erschien eine solche einseitige Maßnahme zur Zeit nicht erforderlich, da dort der Wettbewerb durch Einheitspreisgeschäfte für den einzelnen Händler verhältnismäßig leichter erträglich ist als in kleineren Orten. Im Uebrigen geht die Reichsregierung davon aus, daß es noch weiterer Erfahrungen für eine endgültige Beurteilung des Einheitspreisgeschäftes im Rahmen der gesamten Güterverteilung bedarf. Die weiteren Bestimmungen beziehen sich auch auf die bestehenden Einheitspreisgeschäfte und bezwecken die Beilegung von Mißbräuchen. Die Reichsregierung konnte sich bei Erlass dieser Maßnahmen weitgehendst auf umfassende Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat stützen.

4. Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 12. 1931 war die Reichsregierung ermächtigt worden, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses erstens die Eingangsätze abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern, zweitens die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftskontrollen mit ausländischen Staaten zu verordnen. Diese Ermächtigung hat durch den Wiederzusammentritt des Reichstages am 23. Februar 1932 ihre Gültigkeit verloren. Die Gründe, die zum Erlass der Notverordnung geführt haben, bestehen jedoch fort. Die handelspolitische Lage erfordert, daß jeherseit neue Vereinbarungen mit ausländischen Staaten geschlossen und sofort vorläufig angewendet werden können. Weiter war es geboten, die Reichsregierung zur Einführung von Ausfuhrzöllen zu ermächtigen, um in dringenden Fällen schwere Schädigungen der Wirtschaft abzuwenden oder abzuwenden zu können.

5. Durch die Vorschrift in Teil 5) werden zugunsten der deutschen Volkswirtschaft Maßnahmen getroffen, die den Preisdruck auf dem Holzmarkt abschwächen.

Die neuen Bestimmungen bedeuten keine Abkehr vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit und sind nur als Ausnahme für die Krisenzeit gedacht. Wie die gesamte Notgesetzgebung sind sie aus der Entwicklung der Verhältnisse zwangsläufig erwachsen. Sie bilden mit dieser Notgesetzgebung eine organische Einheit und werden dem Wirtschaftsleben an bedrohten Punkten Schutz und Hilfe sein.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

NEUKONSTRUKTION!
Dreiröhren-Empfänger
SIEMENS 32



Unvergleichliche Vorführung und
Prospekt in jedem guten Radio-
Spezial-Geschäft.

Hohe Leistung
Niedriger Preis
Für Wechselstrom
mit Röhren RM 125,-

SIEMENS

**Arbeiter
Angestellte u. Beamte**

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften
und der von diesen gebildeten Großverbrauchervereine
befreien uns vom Preiszwang
der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß
jeder Verkäufliche einer Konsumgenossen-
schaft beitreten
und insbesondere nur die hier erhält-
lichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkkonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkkonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgebung, e. G. m. b. H.

**Drogerie
Wilhelm Tscherning**
Scho Amalien- und Karlsr. Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattspargruppe

August Schailer
Karlsruhe / Gegründet 1876
Fabrik: Roosstraße 24
Lagerplatz: Klauaprechtstr. 9
Fernsprecher 435

**Fenster-, Türen- u. Möbelfabrik, Glaserei
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen**

**TRINKT
MEHR MILCH!**

**Städtische (Öffentliche)
Sparkasse
Baden-Baden**
famliche Hinterlegungsstelle

Leipheimer & Mende
Das Spezial-Geschäft
für Herren- und Damenstoffe,
Wäsche- u. Haushaltsgüterstoffe

**Industrie
Handel und Gewerbe**
sind mehr denn je darauf angewiesen, sich Absatz-
gebiete zu erringen und dieses bedingt selbstbewachte
Arbeit mit ungekräftigen

Natürliche Mineralbrunnen
des Jura und Badesandes aus Karyococcos und als tägliches
Trichgetränk in allen Preislagen

Bahn & Bassler
Karlsruhe in Baden, Birkel 30, Telefon 255
Freiburg i. Br., Goppenhausstraße 19, Tel. 2367

Gegründet 1887

Werbe-Drucksachen
zu deren Lieferung wir unsere mit dem modernsten
typographischen Material ausgestattete Druckeret
bei Bedarf stets empfohlen halten

Verlagsdruckerei Volksfreund
Karlsruhe, Waldstraße 23 / Fernsprecher 7080/81

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. März 1932.

1788 *Dichter Josef v. Eichenhoff. — 1848 Bauernaufstand in Spanien. — 1872 *Ital. Revol. Massimo. — 1906 *Politiker Eugen Thier. — 1910 *Komponist Karl Reinecke. — 1910 Bremer Lebererstreik wegen Bedarfsgratulation. — 1919 Unruhen in Oberösterreich.

Vollständig politisch malschugge

Man sieht verschiedene Frauen der Nationalsozialisten zu sein. Die Hitler veranstalten zur Zeit durch ihre Frauen eine Werberation von Haus zu Haus, um für den Reichspräsidenten Regierungsrat und nach dem Reichspräsidentenwahl sich schneidenden Adolff Propaganda zu machen. Es es nun einmal Leute gibt, die trotz der schönen Jahre, die Adolf der Erste unter seiner Nase trägt, von ihm als Reichspräsident nichts wissen wollen, so müssen eben die Frauen jeden Schwindel anwenden, um für „Ihn“ Stimmung zu machen. Sie haben es hauptsächlich auf Frauen abgesehen, weil sie genau aus ihrer eigenen Erfahrung wissen, daß die Frauen für den politischen Schwindel viel zugänglicher sind als die Männer. Kommt zu eine Nazifrau zu einer Bekannten, dann wird ihr versprochen, daß wenn der große Adolff Reichspräsident wird, die gefürzten Renten wieder in der früheren Höhe ausbezahlt werden. Bei den Damen in Frauen werden noch viel größere Versprechungen gemacht und zwar berät, daß wenn Hitler als Reichspräsident gewählt wird, er dann schon am anderen Tage alle Notverordnungen aufhebt und die Beamten, die bisher auf Grund der Notverordnungen erfolgten Gehaltskürzungen wieder nachgezahlt erhalten. Also nicht nur, daß die alten Gehälter wieder zur Auszahlung gelangen, sondern daß auch Kürzungen nachgezahlt werden!

Wenn derartige schwindelhafte und geradzu blödsinnige Versprechungen nicht mehr ziehen, was soll dann noch zugeworfen sein, um den Hittlerflegel zu erringen? Derlei Quatsch von den Beamtengehältern wird zwar nicht nur von den Nazifrauen kolportiert, sondern selbst in verschiedenen Behördenämtern vertrieben. Man muß sich überhaupt wundern, daß die Nazis für ihren großen Adolff so viel Propaganda machen, wo doch eine Persönlichkeit von dieser Größe ohne jede weitere Wahlpropaganda siegen sollte. Aber man scheint selbst an einem Uebermenschen zu zweifeln, denn sonst würden sie doch nicht eine noch viel intensivere Agitation betreiben, wie dies sonst bei „gewöhnlichen“ Kandidaten der Fall ist.

Milch mit Kuhkot

Bericht der Nahrungsmittel- und Gewerbeinspektion im Monat Februar

Im Monat Februar wurden 643 Kannen Milch geprüft und 264 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon wurden 7 Proben als gewässert, 4 als entrahmt, 3 als fettarm und 10 als schmutzig beanstandet. Die Beanstandungen fallen dem Produzenten zur Last.

Von der Gemeinde Hagsfeld mußte in letzter Zeit die Milch beanstandet werden. Durch eine von der Gendarmerei vorgenommene Kontrolle wurden 10 Landwirte ermittelt, welche mit Kuhkot verunreinigte Milch abliefern und 4 Landwirte, welche ihrer Milch 9-27 Prozent Wasser zugesetzt hatten.

Von Lebens- und Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen

wurden im ganzen 105 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon wurden beanstandet 8 Butterproben, weil die Butter bis zu 2,7 Prozent Wasser enthielt, Wurstproben wegen zu hohen Wasser- gehalts und Färbung, Brauwasser, welches als Kirschwasser bezeichnet, aber mit Obstzuckerzusatz versehen war, Speisefett, weil es als Schweinefett bezeichnet war, Analluqueln (Kinderpielzeug), weil sie giftigen gelben Phosphor enthielten. Der Verkauf dieser Analluqueln an Kinder ist verboten.

Gegen eine größere Anzahl Gewerbetreibende mußte eingeschritten werden, weil sie die vorgeschriebenen Preisausschüsse nicht ausgeschrieben oder nicht richtig ausgefüllt hatten. Ferner mußte gegen mehrere Lieferanten von Bauernbrot eingeschritten werden, weil sie den Verkaufspreis zu hoch festsetzten und gegen mehrere größere hiesige Firmen, weil sie ihre Warenpreise nicht der Notverordnung entsprechend gekürzt hatten.

Außerdem mußte gegen zwei Innungsmitglieder eingeschritten werden, weil sie an ihre Innungsmitglieder neben der Preisfestsetzung unter den Decknamen von Berechnungsbeispielen betrüblichen Liehen, wodurch der Ansehen der gebundenen Innungsvereine erniedrigt werden konnte.

Eine größere Anzahl Viehhändler mußte zur Anzeige gebracht werden, weil sie auf den Viehmärkten hier, beim Verkauf von Schlachtvieh, bei den amtlichen Eintragungen höhere Preise angegeben, als die jeweiligen Tagespreise für Schlachtvieh betragen, was dadurch eine höhere Notierung zu erreichen. Dies ist deshalb unzulässig, weil sich nach der amtlichen Notierung für Schlachtvieh die Gewinnspanne der Metzger und somit der Preis für Fleischfleisch richtet, so daß es im Interesse der gesamten Verbraucher steht, daß als Verkaufspreis kein höherer als der tatsächlich gezahlte Preis eingetragen wird.

Außerdem mußte eine größere Anzahl Viehhändler angezeigt werden, weil sie die im Viehkaufgesetz vorgeschriebenen Viehkontrollbücher nicht führten.

Ferner mußten u. a. zur Anzeige gebracht werden, ein Metzger, weil er seine Angestellten bis zu 112 Stunden, ein Metzgermeister, weil er seine Gehilfen bis zu 80 Stunden und ein Konditor, weil er seine Gehilfen 62 Stunden wöchentlich beschäftigte.

Eine Damenschneidermeisterin, weil sie an Sonnabenden und Vorabenden vor Festtagen ihre Arbeiterinnen nach 17½ Stunden ohne Erlaubnis beschäftigte, vier Gewerbetreibende wegen unzulässiger Wettbewerbs, fünf wegen Uebertretung der Ausverbreitungsbestimmungen, zwei Auctoren wegen Betrugs, vier Gewerbetreibende wegen Fleischschmuggels, ein Kaufmann von hier und

Krankenkassen-Paläste

Es war zu erwarten, daß zur Wahlmache irgendein Schmierfink zur Feder greift und die Sozialversicherung anpöppelt, denn das gehört heute zum guten Ton der Uebermenschen-Nazi. Der Sach gegen die aufstrebende Arbeiter- und Angestelltenchaft kennt ja bei dieser Gesellschaft keine Grenzen. Auf die am 4. März im Führerblätterblatt angeführten Dinge alle einzugehen, hieße dieser Horde von Menschen zu viel Ehre angetan. Nur an drei Beispielen aus der AOK. Karlsruhe wollen wir zeigen, wie verlogen diese Gesellschaft ist und wie arbeitereindlich die Gesinnung.

1. Der frühere Verwaltungsdirektor soll auf eigenartige Weise von seinem Posten verdrängt worden sein. Nein, das ist der größte Schwindel. Dieser Herr, der sich heute mit seinem Sohn im Kaszloger befindet und der wohl auch der Sachberater des Nazilattes ist, hat damals nicht schnell genug wegkommen können. Er hat in dem Augenblick, wo er die Höchstentlohnung zu beziehen berechtigt war, Krankheit vorgeschützt, ohne etwas zu leisten und sich dann mit 55 Jahren zur Ruhe gekehrt. Und dies, obwohl der Kaszlenorstand ihn gebeten hatte, seines Amtes weiter zu walten. Er bezog bis vor kurzem eine Pension von 627 Mark und heute noch 500 Mark monatlich. Wie wird euch Kaszbrüder? Ja, noch mehr, der frühere Direktor hätte als er noch im Amte war, nichts besseres zu tun, als seinen Sohn, damit er ein frommer SA-Mann wird, während seinen Ferien dem Genesungsheim Scheuern zu überweisen, bis der Vorstand dahinter kam und ihm ein halt entzogen wurde. Daß heute noch die Verärgerung.

2. Die Erweiterung der Schalterhalle bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Karlsruhe war notwendig, damit die Versicherten nicht Stundenlang auf die Abfertigung warten mußten und damit die Angestellten der Kasse ordentliche und gesunde Arbeitsplätze haben. An diesen Arbeitsplätzen arbeiten auch Handlanger der Nazi. Aber diese Armen im Geiste wissen nicht, daß sie ihr eigenes Nest beschützen. Herr veracht ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Allerdings hoffen sie, daß wenn am St. Nimmerleinstag das Dritte Reich erstellt werden soll, ein Kaszbrüder kommt, sie zum Abteilungsleiter befördert werden. Diese Hittlerianer würden es lieber leben, wenn die Versicherten an den Schaltern zusammengepöckelt wären wie eine Hammelherde und Stundenlang warten müßten.

3. Schweig am! Der Vorstand der AOK. Karlsruhe kann stolz sein, die Schweigamatt an der Hohen Wöhr, auf den Höhen des Schwarzwaldes als Erholungsheim erworben zu haben und zu

einem schönen zweckmäßigen Genesungsheim ausgebaut zu haben. Wir verstehen den Schmerz der Naziborden. Es will diesen Herrenmenschen nicht hinunter, daß auch Arbeiter und Angestellte sich in diesem schönen Fleck Erde neu stärken können für den Lebenskampf. Es ist ein Schwindel, wenn behauptet wird, die Buchdrucker würden einen Vorzug genießen. Nein, die Buchdrucker haben dank ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation mehr den Mut, in Erholung zu geben als andere Berufe, weil leider die übrigen Arbeiter- und Angestelltenchaft für ihre Stellung bangen müssen. Trotz dieser günstigen Voraussetzungen ist es aber doch eine Lüge, wenn vom Naziborden behauptet wird, es wäre das Erholungsheim Schweigamatt mit 75 Prozent Buchdruckern belegt. Nicht einmal 10 p. H. Sieht du Naziführer, wie du mit Lügen Buchschwindel machst? Aber wir begreifen euren Schmerz. Das Erholungsheim wäre gut und schön, es wäre alles in Ordnung, wenn die Offiziere des alten Heeres, des kaiserlichen Deutschland und die Naziborden, sich dort von ihren Kabinettentzügen ausruhen könnten. Für Arbeiter und Angestellte würde ja auch ein alter Eisenbahnwagen genügen. Ja noch mehr.

Für ein Kaszbrüder ist es auch ganz unbegreiflich, wie es möglich sein kann, daß Kaszmittelglieder von der Bahnstation nach dem Genesungsheim mit einem Droschkenwagen gefahren werden. In einem solchen Wagen zu fahren soll den Halbgöttern der Nazi, wie Hitler, Goebbels, Frick usw. vorbehalten bleiben. Die Proleten können man mit den Mitwagen an Ort und Stelle bringen. Seht ihr bald ein, ihr Versicherten, wohin der Kaszwagen fährt? Es soll weiterhin Verschwendung sein, wenn der Vorstand einen 10 Kilometer kürzeren Weg fahrbarer machen läßt. Ihr Seuchler, ihr Volkverbeher, denkende Arbeiter werdet ihr nicht einfangen.

Das hiesige Bezirksamt, Versicherungsamt Karlsruhe, auch wenn dessen Leiter Regierungsrat Hittler wäre, kann jederzeit das Verhalten und die Tätigkeit des Kaszvorstandes nachprüfen. Er würde feststellen müssen, daß auch ohne den früheren Kaszdirektor S. die finanziellen Verhältnisse der AOK. Karlsruhe in Ordnung sind, daß den Versicherten alles gegeben wird, was durch die gesetzlichen Bestimmungen möglich und vorgeschrieben ist. Es würde weiter feststellen müssen, daß nur im Gehirn einiger Naziborden Verschwendung getrieben wird, weil nicht alle Kaszbrüder an die Futtertrinne zur Krankenkasse kommen können. Für heute mag genug sein.

Versicherte der AOK. Karlsruhe, Arbeiter und Angestellte, gebt den Uebermenschen am 13. März die Antwort. Schlagt Hitler, den Abgott der Nazi und im Nebenamt Regierungsrat, denn nur die allerdümmsten Kälbchen wählen ihre Messer selber.

Ein Versicherter.

ein Kaufmann von Durlach, weil sie Wild während der Schonzeit von auswärts bezogen haben. Das Wild wurde beschlagnahmt.

Eine Kundgebung für Hindenburg

Auch der Hindenburg-Ausflug ist am sechsten Abend mit einer Kundgebung für Hindenburg hervorgerufen. Da schon von mehreren Parteien Versammlungen zur Reichspräsidentenwahl abgehalten worden sind, ist es nicht verwunderlich, wenn der Besuch etwas zu wünschen übrig läßt. Das Bürgerertum ist radikalisiert oder apathisch. Ein großes Bild Hindenburgs zierte das Podium der Festhalle. Nicht weniger wie vier Redner nahmen Ichart und sachliche Stellung zur Reichspräsidentenwahl. Besonders erfreulich und begrüßenswert waren die Ausführungen des Redners der Freidenker. Er schenkte sich nicht, im Gegensatz zur Gewohnheit seiner meisten Kollegen, den Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht vorzuschaufeln.

Als erster Redner betonte Professor Dr. A. Soll, daß in diesem Wahlkampf echter Volksgedanke und nicht Parteigeist die Entscheidung herbeiführen möge. Heute sind wir im Stadium des Endkampfes der Nachkriegsperiode. Leicht ist es für die Opposition außenpolitische Forderungen zu erheben, schwer dagegen für den verantwortlichen politischen Leiter diese zu realisieren. Reichsanstaltler Brüning war es, der die Beendigung der Treibverpflichtungen und Deutschlands Gleichberechtigung als Hauptpunkte deutscher Außenpolitik propagiert hat. In der großen Stunde um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs hat sich Hitler als zu klein erwiesen. Und als Abköhling dieses Trauerpietis folgte die Satire: Hitler wurde Regierungsrat. Man hält es fast nicht für möglich, daß der Führer der radikalen Oppositionspartei den vertriebenen Weg des Parteibüchseins beschritten hat. Hindenburg wäre einen solchen Weg nicht gegangen. Und das ist der treffendste Unterschied zwischen diesen beiden. Beschäm ist jeder über die Fahrgenossenschaft der Gründe zur Kandidatur Hitlers. Die Nationalsozialisten verlangen von Hindenburg nicht Volles, sondern Parteibeherrschung und befähigen Hindenburg, weil dieser nicht wie sie die Partei über das Volk stellt.

Stadtvorstand Professor Albert Rehler und Stadterordneter Hauptlehrer A. F. Wernet kamen auf die schwere Verantwortung jedes Wählers zu sprechen, die gerade diesmal durch die Wichtigkeit der Wahl besonders augenfällig ist. Hindenburg ist ein Mann der Tat, Hitler ein Mann der Worte. Hindenburg ist im Volke verankert, Hitler die Verkörperung benehender Schlagwörter.

Als letzter Redner entrollte Staatspräsident Dr. J. Schmitt ein Bild der politischen Vergangenheit und Zukunft, das auszusagen mit folgenden Ausführungen gezeichnet wurde: Der Radikalismus macht die denkbar größten Wahlforderungen, weil er immer und immer wieder sehr laut prophezeit hat, daß er an die Macht kommen werde, — und weil seine Prophezeiungen nie in Erfüllung gegangen sind. Die Anhänger und Mitläufer des Radikalismus sind wegen der Prophezeiungen in größter Spannung, die nicht mehr lange anhalten kann. Wenn die Reichspräsidentenwahl wieder eine Enttäuschung bringt, dann werden die Mitläufer des Radikalismus erneut verstimmt und schwanke, deswegen muß der Radikalismus die Reichspräsidentenwahl zum letzten entscheidenden Kampf erklären. Wegen oder wegen! Jetzt oder nie! So laßt der Radikalismus. — Und wir auch! Alles steht für den Nationalsozialismus auf dem Spiel. Hat doch selbst Goebbels im Sportpalast zu Berlin erklärt, die etwaige Niederlage Hitlers sei der Zusammenbruch der gesamten Organisation der Hitler-Bewegung. Möge es so kommen! — Im Interesse des gesamten Volkes und des deutschen Vaterlandes! Welche Forderungen stellen wir an einen Reichspräsidenten? Er soll möglichst kein Parteimann sein, er soll möglichst über den Parteien stehen. Hitler ist aber zweifellos ein Parteimann. Die Reichspräsidentenwahl ist aber zweifellos eine reine Partei-Kandidatur. Es handelt sich also nicht mehr um die Wahl einer Persönlichkeit zum Reichspräsidenten, sondern dem Nationalsozialismus geht es viel mehr um die Errichtung seiner Parteikandidatur. Das heißt man muß durch treiben mit der Wahl eines Reichspräsidenten.

Zu dem kommunistischen Kandidaten mache ich nur deswegen Bemerkungen, weil sonst der Eindruck entsteht, als ob ich den Kommunismus für eine geringere Gefahr halte als den Nationalsozialismus. Der Kommunismus ist tatsächlich an sich die größere Gefahr, weil er schleichend unterwühlt, weil er einen bestimmten Plan und ein bestimmtes Ziel hat, weil er von einer auswärtigen Macht befehligt, unterstützt und verhalten wird. Die Harzburger Front ist zerbrochen. An was ist sie gescheitert? Die Antwort lautet: am Parteienegoismus der Harzburger Interessentenbauern, am Streit über das Salutieren. Hitlers Wahl bedeutet aber eine Gefahr für unsere innere Freiheit, denn Hitler ist Diktator, will Diktator sein von Grundauswegen. Ueber das Auswärtigen der Städte haben Dr. Best in Helsen und Fleisch in Baden-Badere. tungen getroffen. Wo bleibt hier die Realität? Hitler hat gesagt: Ohne sein Wissen geschieht in seiner Bewegung nichts? Wie leicht es hiermit in diesem Fall? Fast wäre man versucht hier zu sagen: Hitler wird nicht einmal drei Jahre brauchen, um Deutschland auf seinen allerhöchsten Stand zu bringen. Aus all diesen Gründen heraus wählen wir nicht Hitler, sondern nur Hindenburg. Mit Drahtbegleitung lassen die Anwesenden das Deutschland Lied, worauf die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende fand.

Schir.

Sie fühlen sich schon, die Jünger vom Dritten Reich

Zwischen der Eberts, Kloses, Schnecklers und Schwarzwaldstraße hat die Süddeutsche Wohnungs-A.G. Wohnhäuser erstellt. Für diesen Block hat die Stadt Karlsruhe öffentliche Mittel in Form von Darlehen und Zinsbeihilfen zur Verfügung gestellt. Als Bewohner dieser Häuser kommt ein Teil ehrlicher Republikaner in Betracht, die an dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl am 13. März im Interesse der Staatserhaltung das größte Interesse haben. Den Hausverwalter, den die Süddeutsche Wohnungs-A.G. eingeweiht hat, kümmert anscheinend die politische Freiheit der Bewohner nichts. Er kennt nur die Hitlerpartei und bemüht sich, Andersdenkende von allem, was im Interesse der Wahlpropaganda für Hindenburg geschieht, abzuschließen.

Am 7. März waren Mitglieder der Eisernen Front beauftragt, Flugblätter zur Aufklärung, also nicht zur Verschönerung, wie es von den „Nazis“ dauernd geschieht, zu verteilen.

Der Herr Hausverwalter kam dazu und verbot kurzerhand, daß die Flugblätter in die Briefkästen gesteckt werden. Nicht genug damit, er stellte sich freisprecherisch vor die Haustüre und erklärte: „Ich bin Hausverwalter, und ich lasse es nicht zu, daß hier diese Flugblätter verteilt werden.“ Der Herr fühlt sich also bereits als „Wohnhausblockverwalter“ des Dritten Reiches. Diejenigen Mieter, die für den Hitler nicht schwärmen, können sich jedenfalls jetzt schon ein Bild über ihre Rechtslosigkeit machen, wenn der große „Adolff“ gewählt würde.

Ob der Hausverwalter wirklich „Nazi“ ist, wird man fragen. O ja, das ist er. Beweis: Zwischen ihm und den Flugblattverbreitern kam es selbstverständlich wegen dem anmaßenden Auftreten zur Auseinandersetzung. Dabei machte der gute Herr Braun die Bemerkung: „Ich weiß nur, dann stehen die Hitler da.“ Er kann dankbar sein, daß er in den zwei Flugblattverbreitern Mäner vor sich hatte, die den Grundbesitzer vertreten, daß gegen die Dummheit selbst Götter vergebens kämpfen. pba.

Koffarbiges Schmierfinkerei

Wegen groben Unfug und Sachbeschädigung wurden drei Kommunisten, sämtliche aus Daxlanden, gestern dem Schnellrichter vorgeführt. Sie werden beschuldigt, gemeinschaftlich in der Nacht zum 4. März in Daxlanden die Ludwig-Dürr-Brücke und die Kleinkinderschule mit roter Farbe beschmieret und „Wählt Thälmann“ angemalt zu haben, um damit Wahlpropaganda zu machen. Die Tat wird von den Angeklagten im wesentlichen nicht bestritten. Das Gericht verurteilte die drei Angeklagten zu je fünf Wochen Gefängnis. In der Urteilsbegründung hob der Richter hervor, die Schmiererei nehme Formen an, die unerträglich seien; deswegen müsse auf strenge Strafe erkannt werden. Die Angeklagten Drei und Waldenberger nahmen die Strafe an. Die Angeklagten wurden sofort in Haft abgeführt.

Den Wähler wählen nur die Kälder, das größte wählt Herrn Hitler selber! Du mußt es jedem Wähler sagen - für Hindenburg, heißt Hitler schlagen!

(1) Graphischer Hilfsarbeiterverband, Zahlstelle Karlsruhe. Die Kartenausgabe für unsere arbeitslosen Mitglieder zur Theatervorstellung am Freitag, 11. März, findet heute abend im Büro Volks- haus statt.

(2) Astrologie, Ihr Schicksal 1932 und 1933 - Weltfrieden oder Weltkrieg? Wann endet die Arbeitslosigkeit? - Wer wird Reichspräsident? ... Herr Reichspräsident, Sie sind ein großer Mann, Sie sind ein großer Mann, Sie sind ein großer Mann...

(3) Verlegung des Fernsprechanschlusses rechtzeitig beantragen. Zum Umzugstermin Anfang April werden sich die Anträge auf Verlegung von Fernsprechanschlüssen häufen. Damit die Dienststellen die Wünsche der Teilnehmer rechtzeitig erfüllen können...

Minuten im Casino. Der erste Kampf des letzten Abends gegen den Faschismus. Der erste Kampf des letzten Abends gegen den Faschismus. Der erste Kampf des letzten Abends gegen den Faschismus...

Die Klebzettel-Suche

Wegen verbotenen Zettelanklebens wurde der 19jährige Walter Friedrich Waller aus Karlsruhe dem Schnellrichter vorgeführt. Er hatte am 8. März in Karlsruhe um 17 Uhr an Häusern in der Karlsruher Straße Klebzettel politischen Inhalts angeklebt...

Köhler-Kohl

Die Nazis hatten auf Dienstag abend in den großen Festhalla ihre Anhänger aufgerufen, wo der bekannte Nazilandtagsabgeordnete Köhler die üblichen Naziphrasen verzapfte. Der Besuch brachte die üblichen Enttäuschungen, denn trotzdem im Saale und auf den unteren Galerien Tische aufgestellt waren...

es Sache aller sein muß, die sich der Eisernen Front noch nicht angeschlossen haben, die Anmeldung schleunigst zu vollziehen. Am Samstag abend wollen nun die Nazis zu einem großen Schlage ausfallen, indem sie sowohl die Festhalle wie das Konzerthaus zu einer Kundgebung gemietet haben...

Die Polizei berichtet:

Kraubüberfall

Ein Landwirt aus der Palz erstattete heute früh die Anzeige, daß er gegen 4 Uhr in der Durmersheimer Landstraße von zwei Männern angehalten und zur Herausgabe seines Geldes herausgefordert worden sei. Da er sich energig zur Wehr gesetzt habe, seien die Täter flüchtig gegangen.

Eindbruchsdiebstahl

Während der Übungsstunden eines hiesigen Turnvereins drangen unbekannt Täter nach Eindringen eines Fensters in den Rasenplatzraum der Turnhalle und entwendeten dort eine Anzahl Kleidungsstücke, Uhren, Geld und sonstige Wertgegenstände. Kriminalpolizei und Erkennungsdienst nahmen sofort die Ermittlungen auf.

Aufgefallen

Wegen Aufnehmens von Handzetteln der NSDAP an Häuser und Straßenlaternen in verschiedenen Stadtteilen wurden verurteilte Nacht ein 23 Jahre alter Kaufmann, ein 21 Jahre alter Gürtler, ein 34 Jahre alter Schloffer und ein 15 Jahre alter Gärtnerlehrling von der Polizei festgenommen und wech Vorführung vor den Schnellrichter ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

In Durach nahm die Polizei vergangene Nacht einen 21 Jahre alten Hilfsarbeiter und einen 25 Jahre alten Elektromonteur fest, weil sie in der Friedrichstraße Handzettel der NSDAP an Häuser und Laternen klebten. Die Täter wurden ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Mühlburg

Als am Montag, den 7. März, abends 8 Uhr, der 1. Vorsitzende des Bezirks, Genosse Genth, die Versammlung eröffnete, waren die Säle bis auf den letzten Platz gefüllt; ein Zeichen dafür, mit welchem Interesse die Parteigenossen und Volksfreunde an den kommenden Ereignissen Anteil nehmen. Gen. Genth begrüßte die Anwesenden, dankte ihnen für ihr Erscheinen und erklärte in markanten Worten die faktische Einstellung der SPD. für Hindenburg damit, daß eine Wiederwahl Hindenburgs dem Faschismus die größte Niederlage bereiten würde...

Wer Hindemann wählt, die Nazis stößt. Zum 13. die Lösung sei: Schlägt Hitler und macht Deutschland frei!

zusammensetzen, um schon im ersten Wahlgang dem Faschismus eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Daraufhin schloß Gen. Genth die eindrucksvolle Versammlung mit der Bitte an die Anwesenden, bei ihren Einkäufen die Mühlburger wohnhaften Geschäftsleute zu berücksichtigen, die Parteigenossen und Volksfreunde sind. Gleichzeitig machte er bekannt, daß sich am Wahlsonntag im Parteilokal „Zum Birch“ die Parteigenossen recht zahlreich einfinden mögen, da dort sofort die eintreffenden Wahlresultate bekanntgegeben werden.

Veranstaltungen

Kolleg Bauer. Wie jeden Donnerstag findet heute abend Gesellschaftszug statt. (Siehe die Anzeige). Kumpel Fürtz beim ASB. Der nächste Sonntag wird mit dem Erscheinen des Nimmertags Fürtz in Karlsruhe wieder ein großartiger feiner Art für Mittelboden bringen. Der hiesige Meister ASB. hat zum ersten Male in der Karlsruher Stadt zum ersten Male, was alles aufleuchtet, um seine sehr guten Ansichten in der Weltanschauung ein erfolgreiches Spiel gegen die Nordbären zu behaupten.

Grünwinkel

Wohltätigkeitsfest des Stadtteils Karlsruhe-Grünwinkel am Sonntag, den 6. März im großen Saal des „Röhlen Krug“. Durch Zusammenfluß der Vereine genannten Stadtteils war es möglich, eine Wohltätigkeitsveranstaltung (sozen. Bunter Abend) einzuleiten. Der Reinertrag ist vorgesehen, die Eltern der armen Kommunitanten und Konfirmanden zu unterstützen, ferner einen Teil für die allgemeine Nothilfe. Schon am Sonntag vorher, also am 28. Februar, hatten der Fußballverein Grünwinkel, Verein Wacker Weis und Deutsche Jugendkraft Fußballspiele eingelegt, deren Reinertrag zu diesem guten Zweck Verwendung findet. Vor Beginn dieser Veranstaltung war ein volles Haus zu verzeichnen. Für den unterhaltenden Teil hatten sich bereit erklärt: Der allseitig bekannte Humorist Herr Josef Sonntag als Anführer. Die Tanzschule der Tanzlehrerin Frau Johanna Sonntag vom Bad. Besondere Beachtung. Solo für Violine, Herr Karl Hoffmann, Bariton-Solo Herr A. Baumgartl. Der Musikverein mit seinem Blas- und Streichorchester. Das Zither-Quartett. Der Turnverein Grünwinkel. Der Gelangverein Liebertal-Lura sowie der Gelangverein Eintracht. Die Gelaumleitung war dem Bützerverein übertragen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Freier Hausfrauenbund. Unsere Generalversammlung findet Donnerstag, 10. März, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angestellten, Gartenstr. 10 statt. Tagesordnung: Vortrag von Herrn Direktor Süßner (Kreistagsamt), Geschäftsbericht und Neuwahl. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Bezirk Kuppurr (Gartenstadt-Kuppurr-Dammerhof). Alle, die sich zur Eisernen Front bekennen (Dies sind sämtliche Freie Arbeitervereine), kommen am Samstag, 12. März, 20 Uhr mit ihren Angehörigen in den Eiskorn-Saal. Dort wird die große marxistische Kulturfeier „Des Geistes Schmerz“ vorbereitet. Wer sich noch an den Faden Faden anknüpft, wer sich noch an den Faden Faden anknüpft, wer sich noch an den Faden Faden anknüpft...

Bezirk Alt-, Mittel- und Südweststadt. Der Frauenabend findet Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, in den Räumen der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrichstr. 10 statt. Genossen Luise liegt vor. Alle Genossinnen, Volksfreunde, Lehrerinnen und deren Töchter sind herzlich eingeladen.

Eiserne Front Karlsruhe

Mittel- und Südweststadt. Die Kameraden der Eisernen Front unseres Bezirks haben für diese Woche nochmals in der Ausstellungshalle und zwar am Donnerstag, den 10. März, pünktlich 8 Uhr abends, ansutreten. Alles hat vollzählig zu erscheinen.

Bezirk Südstadt. Freitag, 11. März, abends 8 Uhr, Zusammenkunft in der „Eisen Eiche“. Neuloses Erscheinen unbedingt erforderlich.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe. Todesfälle und Beerdigungsseiten. 8. März: Franz Schmitt, Metzgermeister, 66 Jahre, Beerdigung am 10. März, 15 Uhr. - 9. März: Augusta Gärtner, alt 57 Jahre, Zimmermann, 15. März, Beerdigung am 10. März, 9.30 Uhr.

Verbandsanzeiger. Karlsruhe. Naturfreunde, Morgen Freitag im Volkshaus: Vortrag „Säulen des Nationalsozialismus“, Sonntag: Die anstehende Wahlrechtsänderung fällt aus. Dafür restlose Beteiligung an der Wanderung zur Waldruhe.

Zentralverband der Angestellten. Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Direktor Wilhelm über „Das Persönlichkeitsproblem bei Goethe“ heute, abends 8 Uhr, im „Eisernen“.

Geschäftsleiter: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Volpert, Freilichtbühnen, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Revisionen, usw. Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: E. Grunewald, Karlsruhe. Gemeindepolit., Durach, Aus Mittelbaden, Gerichtsverfahren, Sozialistisches Forum, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Kultur: Josef Göttele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: G. Grunewald. Redaktion: Eiserne Front, Karlsruhe. Druck und Verlag: Volksfreund, Karlsruhe.

Kein Feind, laß' dich nicht könnigen, du runde BURGER Zigaretten füll 3/4 Mündchen 12 Pfg. 10 Pfg. Habana-Qualität

Aus aller Welt

Erdböhe auf Mittelmeerinsel

Athen, 10. März. Die Insel Kos, nächst Korfu die größte und wichtigste der Ionischen Inseln, wurde gestern von Erdstößen heimgesucht. Der Schaden ist bedeutend, mehrere Häuser sind eingestürzt. Acht Personen erlitten ernsthaft Verletzungen.

Paoli Schwarz begnadigt

Paris, 9. März. Der Fall Paoli Schwarz, der die deutsche Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt hat, ist nunmehr durch einen Gnadenakt des Präsidenten der französischen Republik beigelegt worden, so daß Schwarz endlich die Strafkolonie Cayenne als freier Mann verlassen kann. Dieser schwierige Fall, über dessen Regelung jahrelange Verhandlungen zwischen der deutschen Botschaft in Paris und der französischen Regierung geführt wurden, ist durch äußerst verworrene Staatsangehörigkeitsverhältnisse entstanden. Schwarz, der als Sohn eines französischen Beamten als Elbschiffer in Hamburg geboren ist, wurde 1908 in Frankreich als französischer Elsasler eingetragener Staatsangehöriger. Während des Weltkrieges war er deutscher Soldat. Infolge seiner Teilnahme an einem Kriegsverbrechen wurde er als französischer Staatsangehöriger inhaftiert und nach dem Krieg als französischer Staatsangehöriger freigesetzt. Die französische Regierung hat nunmehr die Einbürgerung Schwarzes in die französische Staatsangehörigkeit beschlossen, was die Einbürgerung Schwarzes als dem französischen Staatsangehörigen durch die französischen Konsularbehörden zum Ausweis führen wird. Die Einbürgerung Schwarzes ist nunmehr durch den französischen Staat anerkannt worden, Schwarz hat nach Deutschland in jeder Weise zu erleichtern.

Grippeepidemie

Breslau, 9. März. Infolge der Grippe waren heute 80 Schulen und 280 Klassen geschlossen, also die Hälfte aller Breslauer Schulen.

Kultureller Einbruch

Aus dem ethnographischen Institut der Universität Göttingen wurde bei einem Einbruch ein außergewöhnlich schöner Königsmantel aus Hawaii und ein dazu gehöriger Federhelm entwendet. Der Wert der gestohlenen Gegenstände geht in die Millionen. Der aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammende Königsmantel, der von Eingeborenen aus Hebriden längst ausgeführter Papageienarten mit der Hand gefärbt worden war, wurde in einem Wandschrank aufbewahrt; der Helm lag in einer Glasvitrine. Als Täter kommt ein 20jähriger Student namens Arthur Schöbe in Frage. Schöbe, der stark ver schuldet war, studierte seit einigen Monaten an der Göttinger Universität Völkerkunde und ist seit Entdeckung des Diebstahls am Dienstag morgen verschwunden. In seinem Zimmer fand man eine Schippe des Raumes, aus dem die gestohlenen Gegenstände entwendet wurden, ferner ein blutiges Handtuch. Der Gegenstand ist umso belastender, als auch an der Einbruchsstelle Fußspuren entdeckt worden sind; offenbar hat sich der Täter beim Einschlagen der Fensterscheibe erheblich verletzt. Ein genaues Signalement Schöbes ist durch Funk an alle europäischen Polizeistationen gegeben worden.

Noch immer Lindbergh-Panik

Die Suche nach dem vermissten Kind des amerikanischen Fliegeroberst Lindbergh führte nach seinem Ergebnis. Man rechnet jetzt auch mit der bereits unmittelbar nach Ausbruch des Verbrechens ermittelten Möglichkeit, daß nicht ein Entführungsversuch, sondern irreführender Muttertrieb das Motiv der Tat bildet. Im übrigen wird der Polizei in der gesamten amerikanischen Presse katastrophales Verlangen vorgeworfen: Amerika sei den Verbrechern vollständig ausgeliefert. Die Polizei macht überdies geltend, daß die Suchaktion bisher keinen Erfolg gehabt hätte, weil die Räuber durch Presse und Rundfunk völlig eingeschüchtert worden wären. Ein Wort gibt das andere — nur über ihre Tätigkeit in Sachen Lindbergh gibt die Polizei neuerdings überhaupt keine Auskunft mehr.

30 Waggon mit Metall verladen

Düsseldorf, 9. März. Die Verhäter Kriminalpolizei ist einer seit 1930 tätigen Diebes- und Hehlerbande auf die Spur gekommen. Bei einem Feinbedrohungsversuch in Benrath waren in den letzten Jahren große Mengen Metall verladen worden, ohne daß es gelang, trotz eifriger Nachforschungen die Unregelmäßigkeiten aufzuklären. Eine Unvorsichtigkeit wurde den Tätern zum Verhängnis. Ein Eisenbahnwaggon mit Diebstahl war beschlagnahmt worden und führte zur Entdeckung und Verhaftung einer vierköpfigen Diebesbande, zu der der Plattenmeister der Firma und ein Lademeister gehörten. Es stellte sich heraus, daß im Laufe der Zeit im ganzen 30 Waggon mit Metall verladen und bei einem Düsseldorf-Schrotthändler abgesetzt worden waren. Der Schaden beläuft sich auf etwa 20 000 M. Die Täter sind gefasst.

Schwere Schlägerei vor einem Arbeitsamt in Berlin

Berlin, 9. März. (Ein. Meldung.) Vor dem Arbeitsamt Nordost kam es heute vormittag zwischen Angehörigen der NSDAP und Erwerbslosen, anscheinend Kommunisten, zu einer schweren Schlägerei. Die Nationalsozialisten erlitten dabei Verletzungen von ungefähr 100 Mann und verletzten, in das Arbeitsamt einzudringen. Die Polizei trieb, unter Anwendung des Gewalts, die Menge auseinander. 61 Personen wurden zwangsweise festgenommen.

Sport

Schülerausstellungsfeier der Freien Turnerschaft e. V., Hagsfeld. Dem Aufste der Freien Turnerschaft zur Schülerausstellungsfeier, welche am Sonntag, den 6. März, im Gasthaus „Zum Bahnhof“ stattfand, war die Schülerschaft recht zahlreich gefolgt, wenn auch der Besuch von Seiten der Eltern ein besserer hätte sein dürfen. Dennoch war der Saal bereits gefüllt und die Anwesenden, ob Schüler oder Eltern folgten mit großem Interesse den Darbietungen der verschiedenen Abteilungen, welche in dem reichhaltigen Programm die Körperkultur im Arbeiterport zum Ausdruck brachten. Ein sinnvoll geordneter Prolog einer Schülerin eröffnete die Feier, der mit dem Lied „Dem Morgenrot entgegen“ endete. Hieraus folgten Schlag auf Schlag die Vorführungen von Schülern und Schülerinnen in Gymnastik, an der Sprossenwand, dem Pferd und der Schwebelante, welche bis zu den Kleinsten der Kleinen musterhaft ausgeführt wurden. Die Hammerübungen „Wir sind die Schmiebe“ fanden größte Anerkennung von Jung und Alt. Bankübungen, einige Reigen und Paraden bildeten den Abschluß der Schülerabteilungen. Abwechslungsreiche boten nur Turner und Turnerinnen interessante aus ihrem Übungsprogramm. Ein Sprechchor „Macht auf verdammt dieser Erden“ und dem Lied „Kann wir brechen“ bildeten den Abschluß der Feier. Zum Schluß machte der Vorsitzende des Vereins in feierlichen Worten die Arbeiterkämpfer ihre Kinder der Arbeiterbewegung zuzuführen. K. F.

Seid kein Treibholz

Werbewettbewerb des Zentralverbandes der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltete ab Februar bis Ende Mai einen großangelegten Werbewettbewerb. Alle männlichen und weiblichen Angestellten, ob im Laden, Kontor oder Büro, ob im Privatbetrieb, ob in der Sozialversicherung oder bei Behörden, müssen sich für diesen Werbewettbewerb interessieren und dem ZVA anschließen.

Die Angestellten könnten eine andere Stellung im Staat und in der Wirtschaft einnehmen, wenn sie die Zeichen der Zeit verstünden. Ihre Zahl ist in den letzten Jahrzehnten im Gegensatz zu der der Arbeiter wesentlich kräftiger gestiegen. Von ihrem Einfluß kann man das nicht behaupten.

Die große Masse der Angestellten und vor allem die älteren unter ihnen, befinden sich heute in einer höchst unsicheren Lage. Die Arbeitgeber haben, wie die Reichsanstalt in ihrem dritten Bericht für 1930, also für eine Zeit, wo die Verhältnisse noch nicht so schlimm waren wie heute, mitgeteilt, daß die Arbeitgeber als oberste Altersgrenze vielfach das 25. Lebensjahr gefordert haben. Die Arbeitsämter konnten innerhalb der gewünschten Altersstufe Bewerber, die den gestellten Anforderungen genügen, nicht immer zuweisen, weil die tatsächlich geeigneten Bewerber meist jenseits der gewünschten Alters- und Tarifgrenze stehen. Das hat die Arbeitgeber jedoch nicht abgehalten, immer wieder zu versuchen, mit möglichst jugendlichen Arbeitskräften auszukommen. Am 30. November 1930 waren bei den Arbeitsämtern 57 162 männliche und 8775 weibliche Angestellte über 40 Jahre gemeldet. Die Späterarbeiten der Unternehmungen betreffen aber schon bei einer Altersgrenze von 30 Jahren.

Also in einem Augenblick, wo der Mensch erst zur richtigen Entfaltung seiner Arbeitskraft kommt, will man den Angestellten bereits zum alten Eisen werfen. Der Angestellte von heute ist und

bleibt jedoch in 90 Prozent der Fälle Angestellter sein ganzes Leben lang. Früher war das Angestelltenleben häufig kein Lebensberuf, sondern nur ein Uebergang zu späterer Selbstständigkeit. Das hat sich gründlich geändert. Der Angestellte von heute ist eine abhängige Existenz. Er ist Proletarier, wenn er das auch in vielen Fällen nicht wahrhaben will. Reife Organisierung ist daher heute auch für seine Berufsjahre mehr denn je die Voraussetzung zur Sicherung der Existenz und für den sozialen Aufstieg.

Die Angestelltenbewegung hat eine Zukunft, wenn die Angestellten wollen. Sie brauchen nur zuzuwachen. Statt dessen aber irreführen viele von ihnen sogar in falschrichtigen Gedankenwegen. Diese Verwirrung und Verwirrung macht praktisch die Angestelltenbewegung erst recht zu einem Spielball der Unternehmerwillkür. Der Angestellte wird in vielen Betrieben heute vom Unternehmer mit noch viel größerer Mißachtung behandelt als der Arbeiter. Warum? Der Unternehmer weiß, daß hinter dem Angestellten nicht die Organisationskraft steht wie hinter dem Arbeiter.

Nichts ist schwerer für den Menschen, als sich von Illusionen freizumachen. Der Angestellte ist dafür ein lebendiges Beispiel. Selbstkenntnis ist meist eine bittere Erkenntnis — auch die Selbstkenntnis einer sozialen Klasse oder eines Zweigs dieser Klasse. Und doch — auch die Angestellten werden die bittere Medizin schlucken müssen; denn sie können nur Seite an Seite mit dem Arbeiterproletarier ihren Weg zum Aufstieg freimachen. Und am durchgreifendsten können sie das nur in der freien Angestelltenbewegung, weil hier die Klassengemeinschaft mit der Arbeiterklasse eine Selbstverständlichkeit ist. Solange der Angestellte nach der Spitze der Gesellschaft sieht, obwohl er mit beiden Füßen in ihrer Tiefe steht, wird er unten stehen bleiben. Erst, wenn er weiß, wo er steht, wird er nach oben kommen.

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen in Karlsruhe eine Vorstandssitzung ab, bei der in erster Linie die katastrophale Finanzlage der Städte und die sich hieraus ergebenden großen Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1932 erörtert wurden. Wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse können die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben nur ungenau geschätzt werden. Leider ist im Jahre 1932 mit einem weiteren beträchtlichen Ansteigen der Erwerbslosen zu rechnen und damit der kommunalen Fürsorgekosten zu rechnen. Trotz aller einschneidenden Sparmaßnahmen, die bedauerlicherweise auch auf dem Gebiete der Volkshilfsleistungen durchgeführt werden müssen, wird die Erwerbslosen im kommenden Rechnungsjahr mindestens 10 Millionen Reichsmark betragen. Die Kosten der Arbeitslosenfürsorge wären aber schon ohne diese Ausgabensteigerung nicht mehr länger tragbar, zumal im nächsten Jahre infolge der Wirtschaftskrise mit weiteren großen Rückgängen der Steuererträge und der Einnahmen aus den städtischen Betrieben gerechnet werden muß. Es ist deshalb aus eigenen Kräften bestreiten können. Es muß daher erneut gefordert werden, daß Reich und Land sich zu einer durchgreifenden Hilfe für die Gemeinden entschließen und ihre Beiträge zu den kommunalen Fürsorgekosten wesentlich erhöhen. Insbesondere müssen auch die Schulbeiträge wieder in Betracht kommen, welche das Land den Gemeinden im letzten Jahre noch auferlegt hat.

Für die Gestaltung der städtischen Finanzen gewinnt auch eine Reihe der in Aussicht genommenen Änderungen des Grund- und Gemeindefiskusgesetzes sowie des Gebäudebesondersteuergesetzes eine erhebliche Bedeutung. Gegen die in Regierungsentwurf erdormene Lösung, die gemeindlichen Verwaltungen der Realbesteuerung voll zu unterwerfen, muß härtester Widerspruch erhoben werden. Gerade die Wirtschaft, von der diese Besteuerung der kommunalen Betriebe gefordert wurde, hätte hierin nicht den geringsten Nutzen, da eine Mehrbelastung der Werke sich zwangsläufig in der Tarifgestaltung wieder auswirken müßte. Mit der beschlossenen Einführung der Fiktalsteuer sind die Städte im Interesse des einheimischen Gewerbes einverstanden. Sie vertreten dabei den Standpunkt, daß für die Einführung dieser Steuer nur dringliche Gesichtspunkte

maßgebend sind, und daß die Einnahmen hieraus in vollem Umfang den Gemeinden zur Erleichterung ihrer Notlage zufließen müssen und nicht zum größten Teile vom Staate in Anspruch genommen werden dürfen. Die Freigrenze von 2500 RM, bis zu welcher eine Besteuerung des Betriebsvermögens und des Gewerbesteuerertrages nicht erfolgt, sollte beibehalten oder doch zum mindesten wesentlich herabgesetzt werden, eine Forderung, die in den letzten Jahren immer wieder erhoben worden ist. Für den Bezug des Gewerbesteuerertrages behandelt bis 1927 ein Freiteil von lediglich 1500 Reichsmark. Schon mit Rücksicht auf die Steigerung des Gewerbesteuerertrages erscheint es angemessen, die Freigrenze zum mindesten wieder auf diesen Betrag zu senken. Es entspricht auch nur der allgemeinen Tendenz der neueren Steuerreform, daß zu den Gemeindefiskus alle Bürger beizutragen haben. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint es nicht anständig, daß weiterhin ein großer Teil des ortsanfälligen Gewerbes steuerfrei bleibt, zumal auch in der vom Reich getroffenen Grund- und Gemeindefiskusreform eine Freigrenze von nur 1350 RM. vorgeschrieben ist.

Zur Gestaltung der Gebäudebesondersteuer im Rechnungsjahr 1932 wird der dringende Antrag gestellt, daß das Land, welches bekanntlich durch das Notgesetz vom 9. Juli 1931 seinen Wohnungsbauteil an der Gebäudebesondersteuer gestrichen hat, im nächsten Jahre wieder Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Diese Landesmittel sollen nach dem Antrag der Städte, der auch dem Landtage unterbreitet wurde, zur Erleichterung der äußerst bedrängten Lage des Neubauswesens Verwendung finden. Des Weiteren muß nachdrücklich an der Fortsetzung festgehalten werden, daß der Umschuldungsfonds, der für die Umschuldung der kurzfristigen Gemeindeanleihen aus Gebäudebesondersteuermitteln zu bilden ist, nicht allein dem Steueranteil der Gemeinden, sondern dem gesamten Steuerertrag vor dessen Verteilung zwischen Land und Gemeinden entnommen wird.

Ob die im Jahre 1931 durchgeführte Realsteuervermehrung auch auf das nächste Rechnungsjahr ausgedehnt wird, ist von der Reichsregierung noch nicht entschieden worden. Nachdem die Gebäudebesondersteuer um 20 v. S. gesenkt wird, stehen aus dieser Steuer Mittel zur Verfügung, die durch eine Beibehaltung der Realsteuervermehrung entstehenden Ausfälle nicht mehr zur Verfügung.

Partei-Nachrichten

Genosse Hermann Winter

scheidet mit dem heutigen Tage aus der Redaktion des Volksfreund aus, der er rund einundzwanzig Jahre angehört hat. Genosse Winter wird sich der freien Schriftstellerei zuwenden und in dieser Bestätigung auch in Zukunft ein wertvoller Mitarbeiter am Volksfreund sein.

Als Redaktionskollege war Genosse Winter bei uns sehr geschätzt; seine kameradschaftliche Art, sein Können und sein Fleiß haben bis zur Stunde des Abschieds stets Anerkennung gefunden, nicht nur bei den Redaktionskollegen, sondern auch bei den Genossen der Instanzen, die den Volksfreund im Auftrag der Partei zu betreuen haben. Unsere besten Wünsche begleiten den Genossen Winter zu seiner neuen Tätigkeit.

Republikaner heraus!

Genossinnen und Genossen, Arbeiterportier, insbesondere Arbeiterjugend! Beteiligt euch vollständig an der

Flugblattverbreitung

am Freitag und Samstag, den 11. und 12. März. Meldet euch bei den Ortsvereinsvorsitzenden, in den Städten bei den Bezirksobleuten. Das Parteisekretariat.

Oberkirch. Die am Freitag, 11. März, geplante öffentliche Kundgebung betr. Reichspräsidentenwahl fällt aus. Es wird gebeten, daß die Mitglieder der Eisernen Front sich trotzdem diesen Abend freibleiben. Befehls gibt denselben durch Handzettel zu.

Auskünfte der Redaktion

50. G. Ihre Tochter dürfte wohl unterstützungsberechtigt sein und soll sich deshalb, wenn sie arbeitslos ist, beim Arbeitsamt anmelden.

Leopoldsdorf. Wenn Sie arbeitsfähig sind nach zurückgelegter Krankheit, und sich arbeitslos melden, können Sie Arbeitslosenunterstützung beziehen. Voraussetzung ist jedoch die Arbeitsfähigkeit. Gröningen. Die Karenzzeit bei Ihrem Falle sieben Tage. Bedingung ist jedoch, daß nach der zehnjährigen Krankheit Sie arbeitsfähig sein müssen. Liegt Arbeitsunfähigkeit vor, so erhalten Sie keine Arbeitslosenunterstützung.

A. 3. Ein Auslandsreisepaß ist auch zur Einreise nach Italien gültig, aber Sie brauchen dazu noch ein Bium, das Ihnen von einem italienischen Konsulat ausgestellt wird. Ein Jugendberaterspaß, wie es in Deutschland vorhanden ist, gibt es in den von Ihnen genannten Ländern nicht.

M. B. Gartenstadt. Sie können nichts anderes unternehmen, als die Dame zu verklagen (Gemeindegerecht), wenn Sie zu Ihrem Gesche kommen wollen und eine freiwillige Besetzung nicht erfolgt. G. B. Von Daxlanden nach der Innenstadt kostet ein Brief 8 Pfennig.

A. B. Die Gemeinde hat das Recht.

D. 15. Es kommt nicht nur auf die Größe der Acker und Wiesen an beim Besuche der Unterfützung, sondern auf den Ertragswert derselben, sowie auch auf die ganzen sozialen Verhältnisse der Familie. Es läßt sich deshalb im einzelnen nicht ohne weiteres sagen, ob Sie Unterstützung erhalten können oder nicht. Jeder Fall wird vom Arbeitsamt bzw. Spruchauschuß gesondert behandelt. Mühlburg. Von einem 50. Geburtstag nehmen wir keine Notiz. Lassen wir den lieben Mann erst einmal 60 Jahre alt werden.

Rochen Sie Maggi® Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

• Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Billige Gardinen

Halbstores Etamine, mit Eisenst. - 68
Garnituren litellig 4.95 3.95 2.95
Landhausgardinen mit Velant - 35 - 24 - 12

Bettenhaus

SCHNEIDER

Werderplatz

Zur Konfirmation

empfehle ich
sämtliche Backartikel
in bekannter Güte und Preiswürdigkeit

Gemüse- u. Obstkonerven
Junge grüne Erbsen von 75 ct an
Junge Schnittbohnen von 62 ct an
Weißweine - Südweine - Sekt
Niersteiner Domtal 95 ct per Flasche
Edenkobener Moser 90 ct per Flasche
Frisch gebrannter Kaffee
per Pfd. 2.10 2.60 2.90 3.40 3.80
5 Prozent Rabatt

CARL ROTH
DROGERIE
HERRENSTRASSE

Umzug zu vergeben!

Hohenzollernstraße 39. III.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 10. März
März-Vorstellung
Dithello

Frisch-Fische

sind diese Woche so
billig wie noch nie

Grüne Heringe

3 Pfd. 40 ct
Pfd. 14 ct

Bratschellfische 15 ct
Seelachs im Anschnitt 15 ct
Kablau im ganzen Pfd. 17 ct
Fischfilet 22 ct
Kablaufilet 30 ct
Schellfische kopflos 33 ct
Zander Pfd. 60 ct

Paniermehl, Kapern, Zitronen

Stockfische frisch 30 ct
Subbucklinge 26 ct
Lachsheringe 20 ct

Neu! Eine billige
Delikatess:
Seeaal-Filet 15 ct
Gelteheringe 65 ct
Bismarckheringe 75 ct
Oelsardinen 85 ct
Salzgurken 3.10 ct
Essiggurken 40 ct
Kl. Gewürzgurken 50 ct

Pfaukuch

Pfaukuchwaren helfen sparen

Schlaf-Zimmer
Speise-Herren
Kirmann
Kornstr. 40

Kaffee Bauer

Heute Donnerstag
20.30 Uhr abends

Gesellschafts-Tanz

Kapelle Professor Röttig
Eintritt frei

Bürgerfeuer der Arbeitnehmer

Arbeitgeber, die bürgerfeuerpflichtige Arbeitnehmer beschäftigen, haben die von den Arbeitnehmern auf den Steuerarten 1932 angeforderte Bürgerfeuer in den vorgeschriebenen Teilbeiträgen bei den nächsten auf die Fälligkeitstagen folgenden Lohn- oder Gehaltsabläufen einzuabheben und binnen einer Woche an die Stadtbaufiskus abzuführen. Bis jetzt waren die auf 10. und 24. der Monate Januar und Februar 1932 fällig gewordenen Teilbeiträge einabgehalten und abzuführen.

Der feiner Verpflichtung zur Abführung der Bürgerfeuer nicht rechtzeitig nachkommt, hat dies bis zum Ablauf der Abführungsfrist der Stadtbaufiskus anzeigen. Unterläßt ein ablieferungspflichtiger Arbeitgeber diese Anzeige, so hat er damit eine Steueruntersuchung begangen, für welche die Reichsabgabenordnung eine Ordnungsgeldstrafe bis zu 10.000 Mark androht. Auf diese Anzeigepflicht und die für den Fall ihrer Nichtbeachtung eintretenden Folgen werden die Arbeitgeber besonders hingewiesen. Ob an Stelle der Ordnungsgeldstrafe eine Strafe wegen Steueruntersuchung verhängt ist, hängt davon ab, ob der Pflichtige die Abführung und die Anzeige vorläufig unterlassen hat. Karlsruhe, den 8. März 1932. 396 Der Stadtrechner.

Reichspräsidentenwahl

1. Wahlzeit: Sonntag, den 13. März, von 9 bis 18 Uhr. Wer sich um 18 Uhr im Wahlraum befindet, darf noch wählen. 2. Wählen darf nur, wer in der Wahlzelle steht oder einen Stimmzettel beifügt. 3. Jedem Wahlberechtigten der Wahlzelle ausgestellt ist, steht auf der Benachrichtigungskarte, die jeder in die Wahlzelle eingetragene erhalten hat. Nur in diesem Bezirk kann er wählen (abgegeben von Ziff. 12). Aus der Benachrichtigungskarte ist auch ersichtlich, in welchem Gebäude und in welchem Zimmer der einzelne Wähler abstimmen kann. Es wird dringend empfohlen, die Benachrichtigungskarte als Ausweis mitzubringen. Der Wahlleiter ist berechtigt, weiteren Ausweis zu verlangen. 5. In jedem Wahlgebäude, bei den Wahlräumen, bei der Wahlgeschäftsstelle und am öffentlichen Anschlagbrett (Rathaus) ist ein Strahlenverzeichniss angebracht, aus dem jedermann ersehen kann, zu welchem Wahlbezirk seine Wohnung gehört, in welchem Zimmer und in welchem Zimmer er zu wählen hat. Ferner ist an den genannten Stellen und an den Anschlagbrettern eine Uebersicht über die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke (ebenfalls mit Angabe von Wahlgebäude und Wahlraum) angebracht. 6. 2. Wahlräume sind die gleichen wie bei den Wahlen im Jahre 1930. Neu ist, daß Wahlbezirk 76 sich nicht mehr in der Kinderstraße, Ruppurt, Blütenweg 19, befindet, sondern in der Wirtschaft „Schloß Ruppurt“. 7. Sämtliche Wahlräume befinden sich in Gebäuden, die sich befinden in der Wirtschaft „Zum Weiberhof“, Kedarstraße 7, und Bezirk 85 (Bulach) im Rathaus, Grümpfeler Straße 10. 8. Der amtliche Stimmzettel ist ein Einheitsstimmzettel von weißem Papier. Er enthält die unvollständigen Wahlgeschäftsstellen und zwar in alphabetischer Reihenfolge Namen, Stand oder Beruf und Wohnort jedes der 5 Annäherer. Am rechten Rand des Stimmzettels ist hinter jedem Wahlgeschäftsstelle ein Kreis eingezeichnet. Der amtliche Stimmzettel, der 10x14 cm groß ist, hat folgendes Aussehen:

Volksbühne Rot abholen!

Coloss eum

Heute 9.30 Uhr
Fortsetzung des
wegen Folienstunde
abgebrochen. Ent-
scheidungskampf:
Schulz-Urbach

Ferner
Fehringer-Küpper
Der mit Spannung
erwartete
Entscheidungskampf:
Kop Dose

Hier hat Dose seine
hohe Klasse unter
Beweis zu stellen.

Theodor Duellberg
Oberleutnant a. D., Halle a. S. Seife

Faul von Hindenburg
Reichswehrminister, Generalfeldmarschall
Berlin

Adolf Hitler
Regierungspräsident im Reichswahlamt
Stabschef, München

Ernst Thälmann
Transportarbeiter, Hamburg

Adolf Gustav Winter
Reichswehrminister
Großhändler bei Remburg a. S. Seife

9. Mit dem amtlichen Umschlag und dem amtlichen Stimmzettel begibt sich der Wähler in die Wahlzelle, trägt dort auf dem Stimmzettel in den Kreis des Annäherers, dem er seine Stimme geben will ein Kreuz ein mit Bleistift oder mit dem in der Zelle befindlichen Bleistift oder macht den Annäherer durch Unterzeichnen des Namens oder auf sonstige Weise deutlich kenntlich. Die Kennzeichnung muß einwandfrei gelassen, d. h. so, daß der Wahlleiter ohne bei der Auszählung der Stim-

Geh zu TIETZ dann reicht's!

Obst- und Gemüse-Konserve

Normal-Dose 1/2 1/2	Normal-Dose 1/2 1/2	Normal-Dose 1/2 1/2
Apfelmus 50-35-7	Brechspargel 1.40	Junge Perlbrechbohnen I 85-50-7
Birnen weiß, 1/4 Frucht 75-7-50-7	Gemüse-Erbsen 58-7	Berliner Allerlei 68-7
Stachelbeeren 90-7	Junge Erbsen 65-7-45-7	Lepziger Allerlei 80-7
Heidelbeeren 95-7	Erbsen mit geschn. Karotten 70-7-45-7	Gem. Gemüse mittelfein 1.-60-7
Pflirsich calli, 1/2 Frucht 95-7	Jg. Schnittbohnen 48-7	Karotten geschliffen 38-7
Kirschen rot mit Stein 95-7	Jg. Brechbohnen I 85-7-45-7	Sellerie Salat (aufbereit.) 65-7-50-7
Kürbis 85-7-50-7	Junge Wachsbrechbohnen 75-7-50-7	Rote Rüben 60-7-40-7
Preißelbeeren 95-7-50-7	Prinzebohnen mittelf. 88-7-60-7	Kohlraab in Scheiben mit Grün 50-7
Ananas 6 Scheiben 75-7		
Tomatenmark 65-7 1/2 25-7 1/2 15-7		

Käse / Fette	Ein Waggon	Wurstwaren
Allgäuer-Stangen-Limburger oh. R., 1/2 Pfd. 80-7, P. 60-7	Fische	Kochwurst Pfd. 58-7
Emmentaler vollf., o. R., 1/2 Pfd. 50-7	Kablau l. gz. 15-7	Salami in ganz. Enden, Pfd. 1.10
Rahmkäse vollf., 1/2 Pfd. 50-7	Seelachs 1/2 Pfd. 18-7	Leber- u. Blutpressack 13-7
Dän. Blasenschmalz Pfd. 75-7	Bratschellfisch Pfd. 18-7	Salami ungar. Art, 1/4 Pfd. 45-7
Nuß-Schmalz 1/2 Pfd. 45-7	Fischfilet Pfd. 25-7	Kasseler Pfd. 1.-
Deutsches Schweineschmalz 1 Pfd. Paket 65-7	Kablau-Filet Pfd. 28-7	Schwarzwälder magerer Speck 1/4 Pfd. 45-7
	Grüne Heringe 3 Pfd. 38-7	3 Sort. feine Pralinen
	Johannisbeer-Wein fein, süßig Liter 75-7	Walnuß-Pralinen mit versch. Füllg., 1/4 Pfd. 25-7
	Malkammerer Liter 75-7	Turmberg-Mischg., 1/4 Pfd. 25-7
	Ingelheimer rot Liter 75-7	Martini-Pralinen

Konsumverein Durlach und Umg.

c. G. m. b. H.

Einladung.

Am Samstag, den 19. März d. J., nachmittags 1/2 6 Uhr, findet im Gohlhaus „zum Pfing“ in Durlach, Adlerstraße, unsere halbjähr. Vertreterversammlung statt, zu welcher wir die Vertreter hermit einladen mit der Bitte, vollständig zu erscheinen.

Tagesordnung:

- Bericht über das 1. Halbe Geschäftsjahr 1931/32.
- Verlesung des Revisionsberichts über die halbjährige Rechnung.
- Bericht von drei ausstehenden Aufsichtsratsmitgliedern.
- Verlesung eines eingelaufenen Antrages.
6. Anträge zur Vertreter-Versammlung müssen mindestens 3 Tage vor der Versammlung beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats eingereicht sein.

Aus dem Aufsichtsrat scheiden aus: die Genossen Pfeiß, 83 b m und Armbruster. Die Ausstehenden sind wieder wählbar.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: Max Wöhrle

Pfänder-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 16. März, 1932, vormittags von 9 Uhr an, nachmittags von 14 Uhr an, findet im Versteigerungsal der Stadtkasse, Schulstraße 28, 11. 5. 15. 3. 32, die öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat März 1931 Nr. 21 214 bis mit Nr. 24 760 gegen Verzähl. statt.

Die Versteigerungsal wird von 10 Uhr an, nachmittags von 14 Uhr an, durch den Versteigerungsbeamten, Stadtkasse, Schulstraße 28, 11. 5. 15. 3. 32, bis zum Eintritte der Versteigerung geschlossen.

Das Versteigerungsal wird am Freitag, den 18. März, 1932, vormittags von 9 Uhr an, nachmittags von 14 Uhr an, durch den Versteigerungsbeamten, Stadtkasse, Schulstraße 28, 11. 5. 15. 3. 32, bis zum Eintritte der Versteigerung geschlossen.

Gaggenauer Anzeigen

Bericht des Ausschusses von Braunwein und des Reichshandels mit Zerknacktheim am Tage der Reichspräsidentenwahl, am 13. März 1932.

Aufgrund des Erlasses des Herrn Reichsweinsachverwalters vom 1. März 1932 wird gemäß § 15 des Reichshandelsgesetzes vom 28. 4. 1930 und der Verordnung des Staatsministers über den Schutz des Weinhandels vom 7. 7. 1930 wird der Ausschuss von Braunwein und der Reichshandels mit Zerknacktheim am Sonntag, den 13. März 1932 (Tag der Reichspräsidentenwahl) bis zum Eintritte der Folgebefunde in Baden, verboten.

Gaggenau, den 8. März 1932.
Der Bürgermeister: Schuber.

Soga Creme

Für Schuhe

Erste Terpenin-Öl-Qualität
20 Pf.